Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf. Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20. Insertions-Gebühr für den Raum einer viertheiligen Petitzeile $1\frac{1}{4}$ Sgr.

Breslauer Zeitung

№ 9. Freitag den 9. Januar 1852.

Inhalt. Breslau. (Zur Situation.) — **Preußen.** Berlin. (Amtliches.) — (Parlamentarisches.) — (Personal-Nachrichten.) — (Zur Tages-Chronik.) — Magdeburg. (Bauten. Vermischtes.) — Aus dem Großherzogthum Posen. (Der Uhrmacher Nowacki. Unglücksfall.) — **Deutschland.** Frankfurt. (Ueber die Angelegenheit der deutschen Flotte.) — Stuttgart. (Militärisches.) — Hannover. (Fortwährendes Provisorium in der Politik. Aussichten für den Septembervertrag.) — Hamburg. (Die Beschickung der wiener Zollkonferenz.) — Kiel. (Wie man die Rechte Schleswig-Holsteins gewahrt hat.) — **Oesterreich.** Wien. (Der eventuelle Zollvereinsvertrag.) — (Die Intriguen Schwarzenbergs. Dr. Bach.) — (Tagesbericht.) — Gratz. (Stimmung. Uebersiedelung des ungarischen Adels.) — **Frankreich.** Paris. (Tagesbericht.) — **Großbritannien.** London. (Tagesbericht.) — (Noch eine Erklärung in Sachen Palmerstons.) — **Rußland.** Kalisch. (Russische Einrichtungen.) — **Provinzial-Zeitung.** Breslau. (Ein Gaunerstückchen.) — (Polizeiliche Nachrichten.) — Neisse. (Kommando nach Ratibor. Die heiligen drei Könige.) — (Die Ermordung des Gefangenwärters Kahl.) — (Kaplan Hertlein.) — Kr. Lublinitz. (Die Beförderung der amtlichen Korrespondenz.) — Aus dem Gebirge. (Der Nothstand.) — Freistadt. (Berichtigung.) — Grünberg. (Die Nahrungslosigkeit und die schlesische Industrie-Ausstellung.) — Jauer. (Christbescheerung. Kirchliches.) — **Wissenschaft, Kunst und Literatur.** (Kunstnotiz.) — Breslau. (Von der Universität.) — **Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.** Breslau. (Oeffentliches Gerichtsverfahren.) — **Handel, Gewerbe und Ackerbau.** Breslau. (Die schlesische Industrie-Ausstellung betreffend.) — Unsere Handelspolitik. — (Der Central-Gärtnerverein von Schlesien.) — Berlin. (Patent.) — (Notizen.) — Breslau. (Produktenmarkt.) — (Berliner, Stettiner, Londoner und Liverpooler Markt.) — **Mannigfaltiges.**

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 6. Januar. (Tel. Dep. d. Preuß. Ztg.) **Der „Moniteur" bringt das Dekret, welches die Konzession der Paris-Lyoner Eisenbahn einer Gesellschaft in- und ausländischer Banquiers auf 99 Jahre überträgt. Die Gesellschaft hat dem Staat für ausgeführte Arbeiten in 4 Jahren 114 Mill. zu erstatten. Die Bahn ist in 4 Jahren auszuführen. Der Staat verbürgt 50 Jahre 4 pCt. Zinsen. Nach Veröffentlichung der Verfassung sollen organische Gesetze über Presse und Universität erscheinen. Die Mission des russischen Gesandtschafts-Sekretärs soll die Frage des h. Grabes bezwecken, deren Schlichtung bevorstehe.**

London, 5 Januar, Nachmittags 5 Uhr 20 Min. Das fällige Dampfschiff aus New-York ist eingetroffen.

Turin, 3. Jan. Nach Schluß der Generaldebatte hat die Deputirtenkammer 10 Kategorien des Kriegsministerialbudgets angenommen.

Genua, 3. Jan. Der Admiralitätsrath verurtheilte die bei dem Excesse gegen die Druckerei der Strega kompromittirten Marineindividuen zu 51 Lire Geldbuße und Tragung der Prozeßkosten.

Rom, 29. Dez. Die südamerikanische Centralrepublik von Costarica hat Hrn. Riccoti zum Konsul in Ancona ernannt.

Livorno, 3. Jan. Die britische Dampffregatte Firebrand ist aus Civitavecchia im hiesigen Hafen eingelaufen.

Breslau, 8. Januar.

Bei der gegenwärtigen Lage der innern Politik unseres Landes wird es sich für die Regierung wie für die Opposition hauptsächlich um die Stellung der Provinzialstände handeln, und jenachdem das Ministerium, sei es in einer regelrechten parlamentarischen Schlacht oder auch ohne dieselbe jene Stellung behauptrn wird oder nicht, wird es entweder siegen oder besiegt werden.

Wir würden nur „Eulen nach Athen" tragen, wenn wir hier nochmals den coup de main erörtern wollten, durch welchen das Ministerium den interimistischen Besitz dieser Stellung gewonnen hat. Jedermann erinnert sich noch, wie es bei diesem Staatsstreich im Kleinen hergegangen ist, von dessen „formeller Legalität" Herr v. Gerlach selbst Herrn v. Bethmann-Hollweg noch heute nicht überzeugt hat, ungeachtet der letztere bei seiner Vorliebe für die ständische Gliederung sich wohl gern überzeugt haben würde, wäre der Handstreich nur nicht so geradezu gegen Gesetz und Recht ausgeführt worden. Aber das Glück stand wie gewöhnlich der Macht bei. Das Ministerium erreichte seinen Zweck. Die Provinzialstände kamen, wenn auch zum Theil nur durch Minoritätswahlen und unter zahlreichen Protesten zusammen, und gutachteten, wie das Ministerium es wünschte. Nur die „kleine aber mächtige Partei" wollte sich nicht völlig der „hohen" Leitung fügen. Sie drängte weiter, als das Ministerium selbst damals wollte, lehnte sich gegen das ministerielle Interimistikum auf, und trug in Brandenburg einen halben, in Stettin aber einen völligen Sieg davon. Der Landtag von Brandenburg behauptete in einer Adresse seine Verfassung sei „bis jetzt bestehend", und der von Pommern erklärte gar kraft eigenen Rechts das ministerielle Interimistikum für ein Definitivum.

Seitdem sind die Kammern eröffnet worden. Das Ministerium konnte jetzt über die Rechtsfrage der Berufung der Provinzialstände, welche das Rechtsbewußtsein im Lande vielfach gespalten hatte, an das Votum der Kammern appelliren, durch dieses den Streit gesetzlich zu Ende bringen. Allein das Ministerium hat das nicht der Mühe für werth gehalten. Herr v. Manteuffel, der als Minister des Innern am 28. September 1850 ein Reskript erlassen hatte, in dem es wörtlich hieß „durch Artikel 66 der Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung vom 11. März d. J. sind alle Gesetze über die Kreis- und Provinzialstände aufgehoben" — sprach als Ministerpräsident zu den Kammern, als wenn er niemals das Reskript vom 28. September erlassen hätte, die Berufung der Provinzialstände gar keinem Rechtszweifel unterläge, und das sic volo sic jubeo der Regierung in dieser Sache sich ganz von selbst verstände.

„Die Einberufung der frühern Provinziallandtage — sagte der Ministerpräsident — als interimistische Provinzialvertretungen zur Wahl der durch das Gesetz über eine klassifizirte Einkommensteuer nothwendig gewordenen Bezirkskommissionen und zur Wahrnehmung ihrer kommunalständischen Verpflichtungen, hat der Regierung Sr. Majestät zugleich Gelegenheit geboten, über die gegen Einführung der Gemeinde-Ordnung erhobenen gewichtigen Bedenken das Gutachten von Versammlungen einzuholen, die vorzugsweise befähigt sein mußten, über die hierbei in Betracht kommenden praktischen Verhältnisse zu urtheilen!"

Aus der Artigkeit, welche vom Herrn Ministerpräsidenten in den letzten Worten den Kammern, der verfassungsmäßig neben der Krone höchsten gesetzgebenden Macht des Landes, gesagt wurde, konnten sie und das Land die fernern Absichten der Regierung in dieser Frage entnehmen. Sie traten denn auch bald unzweideutiger hervor. Der Minister des Innern erklärte in der ersten Kammer, die neuen Gemeindeordnungen sollten „unter Feststellung bestimmter, mit Zustimmung der Kammern festzustellender, Hauptgrundsätze nach Anhörung der Provinziallandtage mittelst königlicher Verordnung erlassen werden." Außerdem wurden den Kammern nur zur Kenntnißnahme die Entwürfe zu neuen Kreis- und Provinzial-Ordnungen vorgelegt, welche, wie der Minister angab, „nach der erklärten Absicht der ältern und der neuern Gesetze zuvörderst den interimistischen Provinziallandtagen zum Beirath und dann erst den Kammern zur Beschlußnahme vorgelegt werden" sollen.

Man sieht, auch in diesen Erklärungen umging das Ministerium die eigentliche Rechtsfrage. Es nennt die Provinziallandtage „interimistische" und bezieht sich zugleich auf die ältern Gesetze, um sein Verfahren zu rechtfertigen. Gelten aber die ältern ständischen Gesetze noch, welche Herrn v. Manteuffels Rescr. v. 28. Septbr. 1850 für aufgehoben erklärte, so können die Provinziallandtage keine „interimistische" sein: gelten jene Gesetze aber nicht mehr, so ist auch der „Beirath" durch kein Gesetz begründet, denn die neuern Gesetze enthalten von einem solchen kein Wort.

Nur das ist in diesen Erklärungen klar, was das Ministerium will. Es will wiederum die alten Provinziallandtage berufen, von welchen es selbst erklärt hat, daß in ihnen die Ritterschaft im Vergleich zu den andern Ständen ein unverhältnißmäßiges Uebergewicht habe, und die daher „zur Wahrung der gleichen Repräsentation der Stände", nothwendig reformirt werden müßten. Mit diesen unreformirten Provinziallandtagen sollen die Gemeindeordnungen berathen werden, bei welchen gerade das Verhältniß der Ritterschaft zu den andern Ständen eine Hauptfrage ist, und nach Anhörung ihres Rathes sollen die betreffenden Gesetze „mittelst königlicher Verordnung," ohne weitere Mitwirkung der Kammern erlassen werden. Den letztern soll nur die vorgängige „Feststellung bestimmter Hauptgrundsätze" zustehen.

In der Verfassung aber lautet § 62: „Die gesetzgebende Gewalt wird gemeinschaftlich durch den König und durch zwei Kammern ausgeübt. Die Uebereinstimmung des Königs und beider Kammern ist zu jedem Gesetz erforderlich," und kein gewissenhafter Jurist wird behaupten wollen, daß die „Hauptgrundsätze" eines Gesetzes das Gesetz selbst sind. Auf diesem von dem Ministerium beabsichtigten Wege macht die Regierung allein das Gesetz. Denn wie weit sie den Beirath der Provinziallandtage berücksichtigen will, steht bei ihr, und wie weit sie die von den Kammern „festgestellten Hauptgrundsätze" in dem Gesetze selbst festhält oder nicht, soll gleichfalls ihr überlassen bleiben!

„Das ist kein Verfassungsbruch" — urtheilt hierüber das konservative preußische Wochenblatt ganz richtig, — man muthet den Kammern nur zu, sich ihres wichtigsten Rechts zu entkleiden, sich das Unfähigkeitszeugniß selbst auszustellen, die Wacht darüber, daß die von ihnen festgestellten Grundsätze auch festgehalten werden, Andern zu überlassen und dann schlafen zu gehen, nach solchem Vorgange den Todesschlaf!"

Wer jetzt nach jenen Eröffnungen des Ministeriums noch nicht einsieht, auf welches Ziel dieses losgeht, will es nicht sehen. Den Weg aber zu diesem Ziele beherrscht die Stellung der Provinzialstände. Gelingt es dem Ministerium die Kammern auch nur zu einer stillschweigenden Anerkennung derselben zu bringen, so hat die Regierung sich in einer der wichtigsten Fragen der Gesetzgebung von dem verfassungsmäßigen Zustimmungsrecht der Kammern emancipirt, und diese Präcedenz kann nicht verfehlen andere nach sich zu ziehen. Gelingt es ihr ferner neben die repräsentativen Kammern, ständische Provinzialvertretungen zu stellen, welche jenen bald vor- bald nach berathen, so hat sie alle Mittel in der Hand, die letztern steigen und die erstern sinken zu lassen, bis sie zuletzt ins Reich des Todes versinken.

Wir haben gestern die Kräfte überschlagen, welche der Regieruug zur Seite stehen. Es bleibt uns noch übrig, auch über ihre Gegner eine Musterung zu halten.

Breslau, 8. Jan. [Zur Situation.] In der Sitzung der ersten Kammer vom 7ten kam das Disciplinar-Gesetz für nicht richterliche Beamte zur Discussion, nachdem ein Antrag Hansemann's: „Die Berathung auszusetzen, bis ein Gesetz, die Ministerverantwortlichkeit betreffend, erlassen sein wird", mit 87 gegen 33 Stimmen abgelehnt worden war. Nur Preußen und Neu-Alt-Preußen (die HH. Bethmann-

Holweg, Mathis u. s. w.) stimmten gemeinschaftlich dagegen und ist es wohl von Interesse, hervorzuheben, daß Stahl sein abweisendes Votum damit begründete, „daß seiner Ansicht nach ein solches Gesetz um so weniger zeitgemäß sei, als wir ringsum von Großmächten umgeben sind, in denen die absolute Staatsform herrscht."

Die Erwartung, daß vom Ministertisch her eine Aeußerung über die Reaktivirung des Staatsraths laut werden würde, erfüllte sich nicht; doch hört man, daß derselbe nach dem Schlusse der Session in Wirksamkeit treten werde und die N. Pr. Z. hofft und bittet, daß der Staatsrath, anstatt „Rückhalt und Festung der Bureaukratie" zu werden, vielmehr von jetzt ab im Wesentlichen als die Concentration des ständischen Elements zu betrachten und zu behandeln sei."

Was unsere handelspolitische Situation betrifft, so liegt dieselbe im Augenblick folgendermaßen:

Hannover wird seinen, Preußen gegenüber eingegangenen Verpflichtungen streng nachkommen. Wie wir von dorther erfahren, ist für den Septembervertrag die günstigste Aussicht vorhanden; der handelspolitische Ausschuß besteht überwiegend aus Anhängern des Vertrags und die gegenwärtige Regierung hält fest an der ihr überkommenen Erbschaft.

Mecklenburg beschickt den wiener Zollcongreß nicht, die thüringischen Staaten, Anhalt und Braunschweig können nicht von dem Verbande mit Preußen zurücktreten. Daß sie auch daran nicht denken, dafür liegen, wie das C. B. versichert, in Berlin die bestimmtesten Versicherungen vor. Was Baiern angeht, so ist bekannt, daß Hr. v. Hermann dahin instruirt ist, sich in keiner Weise in Wien zu binden. Würtemberg handelt in dieser Angelegenheit ganz conform mit Baiern. Hessen-Darmstadt, der älteste Zollverbündete Preußens, verkennt sein Interesse nicht. — So bleiben denn nur Sachsen und Kurhessen in zweideutiger oder selbst in mehr als zweideutiger Stellung.

Aus Hamburg erfahren wir, daß man von dort aus nur höchst unfreiwillig einen Abgeordneten für die wiener freien Conferenzen bestellt habe; während Bremen dieselben gar nicht beschickt.

Uebrigens widerruft heute die Sp. Z. die Nachricht von einer angeblichen preußischen Circular-Note an die zollverbündeten Staaten bezüglich der wiener Conferenzen. (S. die gestr. Nr. d. Z.)

In Bezug auf die gestern aus Frankfurt eingegangene telegraphische Nachricht, bezüglich die Schließung der dortigen Vereine, sagt heute das C. B.:

„Daß der Bundestags-Präsidialgesandte mehrfach auf den Senat der freien Stadt Frankfurt seinen Einfluß in diesem Sinne geltend zu machen bemüht war, und daß diese Bemühungen schon um deshalb ihren Zweck erreichen mußten, weil der Senat Frankfurts der Bundesversammlung gegenüber ganz besondere Verpflichtungen, namentlich in Rücksicht auf Presse und Vereine zu erfüllen hat. Wenn sich in Bezug auf die Presse in jüngster Zeit keine Mißbilligung von Seiten der Bundesversammlung zu richten brauchte, so war dies andererseits in Bezug auf das frankfurter Vereinswesen ziemlich lebhaft und allgemein der Fall. — Nachdem ähnliche Vereine allenthalben in den einzelnen Staaten suspendirt worden sind, fand man sich doppelt veranlaßt, eine Conformität in Bezug auf die freie Stadt Frankfurt herbeizuführen, einmal schon weil der Sitz der Bundesversammlung in dieser Stadt keineswegs zu einer solchen Ausnahmestellung zu berechtigen schien, andererseits aber, weil die frankfurter Vereine eine nicht zu unterschätzende Bedeutung aus dem Grunde hatten, weil sie der Agitation in Süddeutschland überhaupt einen festen Anhalt boten."

Während solcher Weise der Bundestag in das innere Verfassungsleben der deutschen Staaten wirksam einzugreifen weiß, berichtet unser kieler Korrespondent das Traurigste über die Art, wie die Rechte Schleswig-Holsteins, Dänemark gegenüber, von Bundeswegen gewahrt werden. Selbst Rendsburg soll als dänische Festung anerkannt werden.

Aus Paris wird uns berichtet, daß Napoleon sich die Firma zu geben gedenkt: Kaiser der französischen Republik.

Wie es scheint, geht seine Politik dahin, sich lediglich auf die Massen zu stützen. Die Opposition gegen sein System wuchert auch nur in den gebildeten Kreisen. Daher glauben wir auch der Versicherung des Morning Chronicle, daß weder Guizot noch Duchatel sich dem Elysee anschließen wollen. Guizot will sich auch nicht in das Corps legislative wählen lassen. Er ist der Meinung, daß Napoleon eine seine Kräfte übersteigende Aufgabe unternommen habe mit dem Versuch, ohne Betheiligung der höhern Gesellschaftsklassen zu regieren, d. h. de gouverner dans le vide.

Preußen.

Berlin, 7. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem geheimen Registratur-Rath Schmidt zu Berlin den rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Professor der Botanik, Philipp Parlatore zu Florenz, den rothen Adler-Orden dritter Klasse; und dem Seconde-Lieutenant Freiherrn von Kettler im 7ten Infanterie-Regiment den rothen Adler-Orden vierter Klasse mit Schwertern zu verleihen; so wie den bisherigen Polizei-Inspektor Zillgen zu Trier zum Polizeidirektor zu ernennen.

Angekommen: Se. Excellenz der großherzoglich mecklenburg-schwerinsche Minister-Präsident, Graf v. Bülow, von Schwerin; der Ober-Präsident der Provinz Sachsen, v. Witzleben, von Magdeburg; der Ober-Präsident der Provinz Posen, v. Puttkammer, von Posen.

Kammer-Verhandlungen.

Erste Kammer. Neunte Sitzung.

Präsident: Graf Rittberg.

Die Sitzung beginnt um 11¼ Uhr.

Auf der Ministerbank: Simons; später v. Westphalen.

Nach der Genehmigung des Protokolls zeigt der Präsident die neu eingetretenen Mitglieder an. v. Wulffen hat sein Mandat niedergelegt.

v. Zander beantragt, die Namen der ohne Urlaub abwesenden Mitglieder zu verlesen. Dies geschieht. Mehrere neue Urlaubsgesuche werden genehmigt. — Der Gesetzentwurf über die Ameliorationen in der Niederung der schwarzen Elster wird einer besonders zu wählenden Agrarkommission von 15 Mitgliedern übergeben. Der Vertrag mit Sardinien geht an die Finanzkommission. Der Entwurf, betreffend die Erleichterung in der Disposition über kurmärkische Lehne, wird der Justizkommission übergeben.

Die neueingetretenen Mitglieder, Abg. Graf Königsmark und v. Sowitsch werden vereidigt.

Der Justizminister überreicht zwei neue Gesetzentwürfe; der eine betrifft die Vereinigung der beiden obersten Gerichtshöfe, der andere die Straf-Feststellung bei Uebertretungen.

Die Kammer geht zu Wahlprüfungen über. Es wird keine Wahl beanstandet.

Der geheime Justizrath Grimm und der geh. Oberregierungsrath Graf Eulenburg werden bei der Berathung des Disziplinargesetzes als Regierungskommissare fungiren. Berichterstatter über das erwähnte Gesetz ist der Abg. v. Zander. Es ist folgender Präjudizialantrag des Abg. Hansemann eingereicht.

„Die Kammer wolle beschließen: die Berathung und Beschlußnahme über die Verordnung vom 11. Juli 1849, betreffend das Disziplinarverfahren gegen nichtrichterliche Beamte, bis zu dem Zeitpunkte auszusetzen, wo ein Gesetz, betreffend die Verantwortlichkeit der Minister, erlassen sein wird."

Gründe. Durch die Verordnung vom 11. Juli 1849, insbesondere durch die §§ 27—48 derselben, soll dem Staatsministerium die Ehre und die Existenz aller nichtrichterlichen Beamten in die Hand gelegt werden. Dem schlichten Gerechtigkeitssinn will es nicht einleuchten, daß die höchsten Staatsbeamten, die eine so weitgreifende Machtbefugniß für sich in Anspruch nehmen, nicht auch ihrerseits für die Verletzung der ihnen durch ihr Amt auferlegten Pflichten verantwortlich sein sollen. Die Einbringung eines Gesetzes, betreffend die Verantwortlichkeit der Minister, ist zudem durch Art. 61 der Verfassung geboten und es darf nicht vorausgesetzt werden, daß das Staatsministerium durch die Verwerfung des betreffenden Gesetzentwurfes in der letztverflossenen Sitzungsperiode der ersten Kammer von der Erfüllung einer verfassungsmäßigen Pflicht sich wird abwendig machen lassen.

Hansemann, als Antragsteller.

Böcking. Degenkolb. v. Forstner. v. Frantzius. Frech. Hensche. Hermann. Heuser. Hölterhoff. Kamp. Karsten. v. Keudell. Lette. v. Oppen. Quincke. Reimer. v. Rönne. Rösler. Straß. Striethorst. Strohn. v. Sybel. Veit. v. Vincke. Winter."

v. Zander trägt die Einleitung des Berichts vor. Der Antrag des Abg. Hansemann findet die genügende Unterstützung. Der Präsident eröffnet die allgemeine Diskussion.

Hansemann. Durch die Umwandlung der Verfassung ist die Stellung der Beamten wesentlich verändert; die frühern Garantien für sie sind aufgehoben, neue fehlen so lange, als nicht das konstitutionelle System vollständig ausgeführt ist. Durch das Ministerverantwortlichkeitsgesetz ist aber noch eine bedeutende Lücke auszufüllen. Ohne dasselbe haben wir ein Interesse, den frühern Zustand der Beamten wieder herzustellen. Wird das Ministerverantwortlichkeitsgesetz eingebracht, so ist es besser, mit der Berathung des Disziplinargesetzes so lange Anstand zu nehmen.

Stahl hofft mit Zuversicht, daß die Minister kein Verantwortlichkeitsgesetz einbringen werden, daß sie sich von den innern Gründen überzeugt haben, welche die erste Kammer in voriger Session zur Ablehnung des Gesetzes bewogen haben. Der Blick auf die Lage Europas, dessen große Staaten sich sämmtlich absolutistisch concentriren, läßt dem Redner ein solches Gesetz als höchst unzeitgemäß, als völlig unverantwortlich erscheinen. Den Zusammenhang zwischen ihm und dem Disziplinargesetz kann er nicht erkennen. Die Minister sind dem Könige verantwortlich; der Vorredner vermisse die Verantwortlichkeit nach unten, gegen die Urwähler.

Mathis gegen Hansemanns Antrag. Er findet den Zusammenhang zwischen beiden Gesetzen, im Gegensatz zu dem Vorredner, sehr nahe. Gerade weil die Minister den Kammern verantwortlich sind, müsse die Disziplinargewalt stärker angezogen werden. Die erste Kammer habe auch nicht das Ministerverantwortlichkeitsgesetz für unzeitgemäß erklärt; die Majorität ließ sich durch eine spezielle Bestimmung des Gesetzes zu seiner Ablehnung bewegen. Wenn das Argument, daß die europäischen Staaten sich absolutistisch concentriren, für die vorliegende Frage zutreffend sei, so führe es viel weiter: dann müsse man antragen, die Verfassung zu beseitigen. (Lautes Bravo.) Der Redner giebt sich aber der Hoffnung hin, daß die Minister ein Verantwortlichkeitsgesetz einbringen werden, und er erkennt in dem Antrage Hansemanns ein Mißtrauen in dieser Beziehung.

v. Gerlach sucht in bekannter Weise nachzuweisen, daß die Verheißung in Art. 61 der Verfassung keine Kraft und Bedeutung habe. Der Abg. Hansemann sei selbst Minister gewesen, und habe ein Verantwortlichkeitsgesetz nicht eingebracht; der Redner habe freilich dieses nie bedauert.

Hansemann. Der erste Redner gegen meinen Antrag hat große Besorgniß geäußert, daß der Absolutismus der europäischen Staaten ein Minister-Verantwortlichkeitsgesetz für uns sehr gefährlich mache. Ist es so weit mit uns gekommen, daß uns die Rücksicht auf die absoluten Staaten an der Einbringung eines, die innern Verhältnisse regelnden Gesetzes verhindert? (Bravo!) Durch Annahme meines Antrags wird die Disziplin nicht aufgehoben; das gegenwärtige Gesetz besteht in Kraft; seine Berathung soll nur verschoben werden. Was meine frühere Amtsführung betrifft, so kann ich nur wünschen, daß, wenn sie auch nur der geringste Schein eines Vorwurfs trifft, der Gerechtigkeit voller Lauf gelassen werde. (Bravo!)

v. Vincke erinnert daran, daß schon die Staatsmänner des wiener Congresses die Nothwendigkeit einer Ministerverantwortlichkeit anerkannt haben, neben den andern Volksrechten, die damals verheißen wurden. Wenn in Preußen die konstitutionelle Verfassung durchgeführt werde, dann werde es in sich die Kraft erhalten, daß es sich nicht durch fremde Rücksichten beirren lassen dürfe. (Bravo.)

v. Forstner hält ein Disziplinargesetz für nöthig, er muß sich aber gegen das vorliegende erklären. Der Beamtenstand erfreute sich früher hoher Achtung. Er ist jetzt in eine sehr abhängige Lage gekommen. Der Beamte soll folgen, aber nur in allen billigen Dingen; wie weit bleibt ihm überlassen und der Entscheidung der Gerichte. Die Grenze in einem Gesetz zu bestimmen, ist sehr schwierig. Das vorliegende demoralisire den Beamtenstand.

Graf Itzenplitz kommt auf die Gründe zurück, weshalb die erste Kammer im vorigen Jahre das Verantwortlichkeitsgesetz ablehnte; es sei geschehen, weil ohne Verfassungsänderung ein solches Gesetz nicht rathsam gewesen. Diese Verfassungsänderung halte er nach wie vor für unumgänglich.

Mathis bemerkt, daß er eben diesen Punkt als den speciellen bezeichnet habe, der die Ablehnung des Gesetzes herbeiführte. Er habe nur gegen die Behauptung gesprochen, das Gesetz sei als ein unzeitgemäßes zurückgewiesen worden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

v. Raumer (Düsseldorf) sucht den Erlaß des Gesetzes durch die Erfahrungen des J. 1848 zu rechtfertigen. Dennoch müsse er sich gegen das vorliegende erklären; sein Ge-

winn würde sehr temporär, sein Schaden könne dauernd sein. Die Feigheit der Behörden nach untenhin sei sehr verderblich; allein es dürfte leicht noch verderblicher sein, die Muthlosigkeit derselben nach oben zu systematisiren. Die verstärkte Abhängigkeit der Beamten führe eine größere Ordnung herbei, richte aber die tieffinnigere Tüchtigkeit zu Grunde, sie bilde vielleicht recht brauchbare Lohndiener, allein die achtungswerthe, selbstständige Thätigkeit schwinde. Die Erinnerung an Eid und Pflicht müsse mehr thun, als die Furcht vor Strafe.

Es ist auf namentliche Abstimmung über den Antrag Hansemann's angetragen. Der Antrag wird genügend unterstützt.

Der Berichterstatter v. Zander spricht gegen Hansemann; die Minister seien dem Könige verantwortlich, der Strafkodex mache sie dem Lande verantwortlich. Damit wolle er nicht sagen, daß dieser Punkt nicht durch ein besonderes Gesetz geregelt werden solle.

Bei dem Namensaufruf stimmen für den Antrag: Lette, v. Oppen, v. Raumer (Düsseldorf), Reimer, Straß, Striethorst, v. Sybel, Veit, v. Vincke, v. Arnim, Baumstark, v. Brünneck, Degenkolb, Fonk, v. Forstner, v. Frantzius, Frech, Friccius, Grubitz, Hansemann, Hensche, Hölterhof, Jakob, v. Keudell, Knoblauch.

Gegen denselben: Magnus, Mathis, v. Münchhausen, v. d. Osten, v. Palleske, v. Prittwitz, Graf Rittberg, Seeger, Freiherr v. Seidlitz, Simons, Stahl, Stünzner, v. Trotha, du Vignau, v. Voigts-Rhetz, v. Westphalen, v. Witzleben, v. Zander, Graf Alvensleben, v. Below, v. Bernuth, v. Bethmann-Hollweg, Brüggemann, v. d. Busche-Münch, Carl, Cottenet, Denzin, di Dio, Graf Dönhoff (Lötzen und Wehlau), beide Grafen Dohna, Heitmann, Humbert, Jakobs, Koppe.

Der Antrags Hansemann's ist mit 87 gegen 33 Stimmen abgelehnt.

Es beginnt die Spezialdiskussion, in welcher die §§ 1 bis 19 ohne Debatte nach den Vorschlägen der Kommission mit Verwerfung aller Abänderungsanträge angenommen werden. Zu § 20 des Gesetzes, welches die Dienstentlassung dann eintreten läßt, „wenn der Beamte die Pflicht der Treue verletzt, oder den Muth, den sein Beruf erfordert, nicht bethätigt, oder sich einer feindseligen Parteinahme gegen die Staatsregierung schuldig gemacht hat", beantragt v. Forstner die Streichung, weil die Treue sich nicht definiren und der Muth sich deuten lasse. Brüggemann erklärt, er sei für Streichung des §, aber nicht deshalb, weil er nicht wisse, was „Treue" heißt. Baumstark bemerkt: die Treue könne nicht auf die Personen, sondern auf die Verfassung bezogen werden. Es gehöre auch Muth dazu, einem extremen Ministerium gegenüber in der Stellung als Beamter die Wahrheit und das Recht zu vertheidigen. Er beantragt, bei der Abstimmung die drei Punkte, Treue, Muth und feindselige Parteinahme, zu sondern. — v. Manteuffel will die Beibehaltung des Satzes im Interesse der Beamten, weil die Streichung das Mißverständniß hervorrufen könnte, Beamte bedürften der Treue und des Muthes nicht. — Der Satz wird angenommen.

(Schluß der Sitzung $2\frac{1}{2}$ Uhr.)

Zweite Kammer. Neunte Sitzung.

Vorsitzender: Graf Schwerin.

Am Ministertische: die Herren v. Manteuffel, v. d. Heydt, v. Bodelschwingh, die Reg.-Commiss. Herren v. Hagen, Henning.

Anfang $12\frac{1}{4}$ Uhr.

Nachdem das Protokoll der letzten Sitzung genehmigt, Urlaubsgesuche und Wahlprüfungen erledigt sind, wird an die Stelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Pratsch der Abgeordnete Maier mit 145 zum Schriftführer gewählt. Hierauf wird der Commissions-Bericht über den Gesetzentwurf, betreffend die Einführung der allgemeinen Deposital-Ordnung vom 16. Septbr. 1783 im Departement des Apellationsgerichtes zu Greifswald ohne Diskussion angenommen. Bei dem Berichte über die Verordnung vom 12. Juni 1851, betreffend die Ermäßigung des Eingangszolls für Reis u. s. w., über die vom 21. Juli 1851 wegen Abänderung des Vereins-Zolltarifs und über die vom 21. Juli wegen Anwendung der ermäßigten Durchsgangszollsätze für Getreide u. s. w. erhebt sich der Abgeordnete Camphausen gegen den Antrag der Commission: „die Kammer möchte erklären, das sie die vorgenommenen Erhöhungen der Eingangszölle, obschon sie dieselben genehmige, doch an sich nicht als gerechtfertigt halten könne und ähnliche Zollerhöhungen in Zukunft vermieden zu sehen wünsche." Dieser Antrag der Commission wird mit großer Majorität abgelehnt, jenen 3 Verordnungen jedoch ertheilt die Kammer nachträglich ihre Zustimmung. Schließlich wird der Bericht der Petitions-Kommission über 20 Petitionen [illegible]elegt, welche meist durch den Uebergang zur Tagesordnung beseitigt wurden. In Betreff einer Petition behufs Jagdrechtsentschädigung, bei welcher die Kommission die Verweisung an das Ministerium der landwirthschaftlichen Angelegenheiten beantragt, sprachen die Abgeordneten Bremer und Wenzel (Ratibor) gegen den Kommissionsantrag und empfahlen den Uebergang zur Tagesordnung, die Kammer tritt ihrer Ansicht bei.

Schluß der Sitzung $2\frac{3}{4}$ Uhr. (C. Z. u. C. B.)

Berlin, 7. Jan. [Parlamentarisches.] Das Schreiben des Finanzministers, welches der zweiten Kammer in ihrer Sitzung vom 5. Januar mitgetheilt und dessen Druck auf den Antrag des Abg. v. Vincke beschlossen wurde, lautet wie folgt:

„Ew. Hochgeboren beehre ich mich auf das gefällige Schreiben vom 22. d. Mts. ganz ergebenst zu erwidern, daß es nicht beabsichtigt wird, den Kammern einen besondern Rechenschaftsbericht über die Resultate der Finanz-Verwaltung des Jahres 1850 vorzulegen. Dagegen sollen, um den mehrfach ausgesprochenen Wünschen der Kammern zu entsprechen, wegen der in den Jahren 1849 und 1850 stattgefundenen Etats-Ueberschreitungen binnen Kurzem besondere Vorlagen, unabhängig von der Rechnungslegung, gemacht werden. Auch wird es vielleicht möglich sein, den Kammern während der jetzigen Sitzungsperiode noch die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt für das Jahr 1849 vorzulegen. Für das Jahr 1850 kann eine solche Rechnungslegung frühestens in der nächsten Kammersitzung erfolgen, da die in dem Artikel 104 der Verfassungs-Urkunde vorgeschriebene Mitwirkung der Ober-Rechnungs-Kammer die vorgängige Prüfung der sämmtlichen Kassenrechnungen voraussetzt, welche eine geraume Zeit erfordert. Durch die in Rede stehende, den Kammern demnächst vorzulegende allgemeine Rechnung wird der vollständige Nachweis über die sämmtlichen Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1850 nach Anleitung des Staatshaushalts-Etats gewährt werden. Zu einer vorläufigen Mittheilung der Finanz-Ergebnisse des Jahres 1850 in Form eines vorläufigen Rechenschafts-Berichts, wie solcher für die früheren Jahre 1848 und 1849, resp. unter dem 8. November 1849 und 1. November 1850, im ersteren Falle hauptsächlich wegen des Nachweises der Verwendung der freiwilligen Anleihe, vorgelegt worden, ist diesmal keine Veranlassung vorhanden, da die zur Bestreitung der Ausgaben des Jahres 1850 bestimmten Deckungsmittel ausreichend gewesen und neue Bewilligungen deshalb nicht zu beantragen sind.

Berlin, den 30. Dezember 1851.

v. Bodelschwingh.

Berlin, 7. Januar. [Personal-Nachrichten.] Der Oberpräsident der Provinz Pommern, wirkliche geheime Rath v. Bonin, hat wegen seiner andauernden Krankheit die Entlassung aus dem Staatsdienste nachgesucht.

Zu der Ernennung eines neuen Oberpräsidenten für die Provinz Pommern dürfte nunmehr doch in kurzer Zeit geschritten werden. Man glaubt, daß Herr v. Senf-Pilsach diesen hohen Posten erhalten werde. — Die laut gewordenen Wünsche der Stände der Provinz möchten durch die Ernennung des Herrn v. Senf volle Befriedigung erfahren.

Der mecklenburg-schwerinische Minister-Präsident, Graf Bülow, war in diesen Tagen wiederum hier.

Der diesseitige Gesandte am Bundestage, geheime Legationsrath v. Bismark-Schönhausen, wird heute Abend hier eintreffen.

Der augenblicklich hier anwesende diesseitige Geschäftsträger in Lissabon, Legations-Rath v. Otterstädt (bisher in Darmstadt), hat, ehe er sich auf seinen neuen Posten begiebt, einen längeren Urlaub nachgesucht und erhalten.

Nachdem der diesseitige Kommissarius in Holstein, General v. Thümen, bereits auf seinen Posten zurückgekehrt ist, wird auch der österreichische Kommissarius, Graf Mensdorff, in wenigen Tagen sich nach den Herzogthümern begeben.

Die Ernennung des Generals v. Bonin zum Kriegsminister wird von gut unterrichteten Personen bereits als sicher bezeichnet. (C. B.)

Berlin, 7. Januar. [Zur Tages-Chronik.] Gleich nach dem Rücktritt Lord Palmerstons hat Preußen seine Note in der Flüchtlingsfrage zurückgezogen oder doch wesentlich modifizirt, indem es erklärte, daß es zu dem gegenwärtigen englischen Ministerium volles Vertrauen habe und spezielle Anforderungen in Bezug auf die Flüchtlinge nicht mehr für nothwendig erachte.

Der letzte Märzminister in Deutschland, der geh. Rath Chop in Sondershausen, ist jetzt auch von seinem Posten zurückgetreten.

In Bezug auf die Reaktivirung des Staatsrathes meldet die Spen. Ztg., es sei wahrscheinlich, daß sie erst nach der im nächsten Sommer zu erwartenden Neubildung der ersten Kammer erfolgen werde.

Für die Vertretung Preußens beim Bundestage und für die neu errichteten Konsulate in Mittelamerika, Kopenhagen und Smyrna sind in dem diesjährigen Etat 47,000 Thaler und für andere neue Stellen 5100 Thaler an Mehrausgaben aufgeführt. Der Bundestagsgesandte in Frankfurt erhält an Gehalt 18,000 Thlr., an Miethsentschädigung 3000 Thlr.; der Gesandtschaftsrath 3000 Thlr. und zwei Legations-Kanzellisten 1500 und 1100 Thlr. Das General-Konsulat von Mittelamerika, welches dem geh. Finanzrath Hesse übertragen worden, ist mit 8400 Thlrn. dotirt, wobei sich freilich 5400 Thaler Repräsentationskosten befinden. Die Konsulate in Smyrna und Kopenhagen erfordern einen Kostenaufwand von je 2000 Thalern.

In der General-Ordens-Kommission wird eine neue Einrichtung getroffen werden, welche sich auf die, bei fünfzigjährigen Dienst-Jubiläen zu verleihenden Dekorationen bezieht. Es soll nämlich ein Unterschied zwischen dem besondern, im Berufskreise erworbenen Verdienste, und zwischen der regelmäßigen Amtsverwaltung mit Erreichung einer fünzigjährigen Dienstzeit, gemacht werden. Werden in Folge der letztern, wie es bisher üblich war, Dekorationen verliehen, so sollen diese oberhalb die Zahl 50 tragen. (Sp. Z.)

× **Magdeburg**, 6. Januar. [Bauten. — Vermischtes.] Ueber einige höchst interessante und äußerst wichtige Bauangelegenheiten kann ich Ihnen um so sichere Kunde geben, da sie nunmehr aus der Sphäre der Luftschlösser entrückt sind. Schon oft habe ich hervorgehoben, wie bei der großartigen Frequenz die Ausdehnung der Eisenbahnanlagen längs der Stromelbe längst nicht mehr ausreichend erscheine und es dem Laien ans Wunderbare grenzt, wie sich die Eisenbahnbeamten noch so behelfen können. Nunmehr ist das kolossale, aber vielfach durchdachte (in der Hauptsache wohl Herrn Dihm zuzuschreibende) Projekt gezeichnet und bereits den höchsten Instanzen wohlvorbereitet überreicht, wonach der berühmte schöne Fürstenwall zum größten Theil fallen, auch die große Brücke verlegt werden soll. Magdeburg würde durch die Ausführung dieser hier im Detail nicht weiter zu berührenden Bauten ein ganz anderes Ansehen, jedenfalls aber eine große Centralhalle für sämmtliche Eisenbahnen gewinnen, — freilich für $1\frac{1}{2}$ Million Thaler, welche von den Gesellschaften und resp. vom Handelsminister zu beschaffen wären. Dem Ansehen nach glaube ich, daß dieser wirklich kolossale Umbau zu Stande kommen wird, wodurch natürlich auch die Festungswerke andere Formen und Beziehungen erhielten. Das ganze Projekt würde auf die Verhältnisse Magdeburgs von großem Einfluß sein; denn ginge es nicht durch, so bleibt nichts übrig, als den Centralbahnhof außerhalb der Stadt ins nahe Dorf Buckau zu legen, was denn doch letzterer viele Erwerbsquellen abschnitte und dem Handelsstande wegen des Gütertransports bedeutende Schwierigkeiten machte. Nebenbei stehe noch die Notiz, daß auch die Anlage einer großen Kaserne bevorsteht; zum Intendanturgebäude wird wohl das Kommandantenhaus benutzt werden. — Wie knapp hier Quartiere sind, geht daraus hervor, daß der neue Ober-Bürgermeister selbst keins gefunden. — Von interessanten Personalien melde ich, daß leider General v. Hedemann (Schwiegersohn Wilhelm von Humboldt's) noch nicht ganz hergestellt ist; der Intendant Messerschmidt hat ein von Kennern recht erwartetes Werk über seine Branche, ich glaube eine Geschichte der Entwickelung des Intendanturwesens geschrieben; Herr Eicke hat das Theater an den Stettiner Springer übergeben und sich zur Freude der Magdeburger zurückgezogen, welche durchaus in der letzten Zeit der Eicke'schen Direktion ungünstig blieben, zumal höchst auffallende öffentliche Klagesachen seine Persönlichkeit zur häufigen Beurtheilung brachten.

W. **Aus dem Großherzogthum Posen**, 6. Januar. [Uhrmacher Nowacki. — Unglücksfall.] Wie bekannt, hat der Uhrmacher Herr Nowacki in der Stadt Posen einen elektro-magnetischen Apparat zur Treibung von Uhren und Telegraphen erfunden. Als Belohnung für diese Erfindung hat derselbe durch Vermittelung der Bezirks-Regierung von der Behörde unlängst eine mechanische eiserne Drechsel-Maschine zur Bearbeitung von Thurmuhren, des Stahles, Eisens, Messings, Holzes, der Radgetriebe u. dgl. als Geschenk erhalten. Herr Nowacki ist durch diese Maschine in den Stand gesetzt, seine Erfindung in ausgedehnterer Weise in Ausführung zu bringen, welches er bereits durch Anfertigung mehrerer Thurmuhren bewiesen hat. Es wäre zu wünschen, daß derselbe in seinem Industriezweige hinlängliche Unterstützung, sowohl von andern Industriellen, welche von seiner Maschine Nutzen ziehen könnten, als auch des Publikums überhaupt finden möchte. — Am Vorabende des ersten Weihnachtstages ereignete sich in Posen in der Vorstadt Chwaliszewic ein bedauerlicher Unglücksfall, welcher zur Warnung dient, wie mit einer Nervenkrankheit behaftete Menschen sorgfältig zu beaufsichtigen sind. Der Arbeitsmann Babinski, welcher seit einiger Zeit an Kopfschwindel litt, entlief am erwähnten Abende aus seiner Wohnung im Hemde, um sich zu ersäufen. Seine Ehefrau, als sie dies wahrnahm, wollte ihn zurückhalten und lief ihm eiligst nach, indem sie noch einen Pelz und Stiefeln mitgenommen hatte, um seine Blöße zu bedecken. Es gelang ihr auch anfänglich, durch ihr Nachsetzen den Flüchtling nach der Wohnung umzulenken, doch bald aber wich derselbe wieder nach einem Garten in Chwaliszewic aus, welcher ganz unter Wasser stand und

mit einer Eisrinde bedeckt war. Hier durchlief er die ganze Eisdecke bis an den Hinterzaun, woselbst aber alsdann das Eis durchbrach und er unter demselben in der Tiefe verschwand. Seine Frau, welche ihm nachsetzte, brach auf dem Eise gleichfalls ein, und fiel bis unter die Arme ins Wasser. Vergebens war ihr Schrei der Verzweiflung und der Ruf um Hülfe, denn obgleich sich bald Menschen einfanden, so wagte es Niemand über die schwache Eisdecke an sie heranzugehen, zudem war es wegen der bedeutenden Finsterniß nicht einmal möglich, den Punkt wahrzunehmen, an welchem sich die Verunglückte eigentlich befand. Nach vielen Bemühungen gelang es endlich, die Frau herauszuziehen, dieselbe zeigte aber nur noch wenig Lebenszeichen, da sie von Kälte ganz erstarrt war, und zudem auch vielleicht Krämpfe oder Schlagfluß hinzugetreten sein mögen. Bevor sie an die Rettungsstätte gebracht wurde, war sie bereits verschieden. Ihr Mann wurde erst am ersten Feiertage herausgezogen. Es wurde dies bewerkstelligt, indem man eines Kahnes sich bediente und mittelst Stangen das Eis bis an jene Stelle durchbrach, wo sich der Körper befand. Beide Eheleute haben somit am heiligen Abend ihr eisiges Grab gefunden.

Deutschland.

Frankfurt, 4. Jan. [Ueber die Angelegenheit der deutschen Flotte] gehen jetzt von Frankfurt aus so bestimmte Nachrichten in die Zeitungen, daß man dieselbe als schon zum Abschluß gebracht betrachten könnte. Wir haben dagegen erst heute noch Mittheilungen erhalten, welche diese Angelegenheit für als durchaus noch nicht erledigt darstellen. Wie dem aber auch sein mag, wir hegen die Hoffnung, daß die preußische Regierung vom 1. Januar ab keinen Groschen mehr für ein Institut ausgeben wird, an dem es kein anderes Recht haben soll, als diejenigen Regierungen, die dafür noch nicht einen Pfennig hergegeben haben.

Die königlich hannoversche Regierung wünscht, wie wir vernehmen, durch den in Berlin angekommenen geheimen Legations-Rath Neubourg wegen eines Arrangements über die deutsche Flotte neue Verhandlungen zu eröffnen. (N. Pr. Z.)

Stuttgart, 2. Jan. [Militärisches.] Der großh. badische Major von Seutter vom Generalstab ist hier angekommen. Wie es heißt, soll der Verband des 8. Bundesarmeekorps (Würtemberg, Baden und Hessen) wieder hergestellt werden und wird die Ankunft des erwähnten Offiziers damit in Verbindung gesetzt. (B. L.)

Hannover, 6. Jan. [Verschiedenes.] Mit den Abgeordneten ist unsere Politik in die Ferien gegangen. Im neuen wie im alten Jahre haben wir das Provisorium, das ewige, das nicht abreißt. Denn trotz des Novemberministeriums lassen die Novemberthaten noch immer auf sich warten. Der langsame, mälige Charakter aller hannoverschen Entwickelung verleugnet sich auch hier nicht. Umsichtig gelinde werden die Grundlagen des Kommenden gelegt. Ergänzungen des Staatsraths im vormärzlichen Sinne — Sie haben wohl Notiz davon genommen — Beförderungen, Ordensverleihungen, ganz dito dito sind vorläufig die symbolischen, verständlichen Worte, in denen die Regierung auf Größeres vorbereitet. — Der handelspolitische Ausschuß der Stände ist seit Sonnabend wieder zusammengetreten. Bennigsen ist zum Vorsitzenden ernannt; er ist ein Anhänger des Septembervertrages. Darnach und nach der ganzen Zusammensetzung des Ausschusses ist an der ständischen Ratifikation nicht zu zweifeln; von Gegnern des Vertrages ist nur einer in den Ausschuß gewählt. Auch sonst stehen die Aussichten dafür nach wie vor günstig. Die Regierung scheint fortdauernd entschlossen, die Erbschaft des 7. September anzutreten und zu vertreten. Nicht blos hat sie und ihre Partei für die Wahl der Anhänger des Vertrages mitgestimmt — in der ersten Kammer sind z. B. Bennigsen und Breusing einstimmig gewählt, — sondern sie hat auch ihre tüchtigsten Finanzmänner und erklärtesten Vertheidiger des Vertrages zu ihren Kommissarien für die Berathung desselben ernannt, Klenze nämlich und Bar. Die Minister müßten schlauere Diplomaten sein, als ihnen Gegner selbst zutrauen, wenn sie trotzdem gegen den Anschluß an Preußen wären, den Anschluß gar hintertrieben. (Const. Z.)

Die Z. f. N. berichtet: Wie konsequent und nachdrücklich die gegenwärtige Regierung dem bisherigen Systeme auch in weniger bedeutsamen Punkten entgegentritt, möchte sich aus der verbürgten Thatsache ergeben, daß den Beamten einer Landdrostei des Königsreichs die Weisung ertheilt ist, aus politischen Vereinen und aus der Bürgerwehr auszutreten. Sowohl allgemeine Gründe, als namentlich auch in hiesiger Residenz vorgekommene Erscheinungen machen es unzweifelhaft, daß allen höheren Verwaltungsbehörden dahinzielende Verfügungen zugegangen sind.

✱ **Hamburg**, 7. Jan. [Die Beschickung der wiener Zollkonferenz. — Gerüchte.] Herr v. Graffen, der uns bereits seit mehr als 25 Jahren in Wien vertritt, ist nun auch als unser Vertreter bei der wiener Zollkonferenz definitiv ernannt. Im Beglaubigungsschreiben ist seine Mission hierbei als ad referendum bezeichnet, zugleich wird ein Ton darauf gelegt, daß das österreichische Kabinet die Konferenz als eine freie bezeichnete, womit sie freilich für die sie Beschickenden als eine unpräjudizirliche erscheint. Scherzweise fagt man hier, unsere Delegirung derselben sei eine unfreie, woran gewiß etwas Wahres ist. Mecklenburg, Lübeck und Bremen, um von Holstein-Lauenburg nicht zu reden, lassen sie unbeschickt, und doch steht Bremen mit einem Fuße auf schutzzöllnerischem Terrain, wie auch Mecklenburg politische Sympathien mit Oesterreich pflegt. Gäbe es keine Politik, so hätte das ultrafreihändlerische Hamburg keine Ursache, der österreichischen Einladung hierin zu Willen zu gehen. — Der hiesige Bürgerverein hat an den Senat eine Eingabe beschlossen, worin dieser darum angegangen wird, die Auslieferung der in österreichischer Gefangenschaft befindlichen hiesigen Bürger mit aller Energie zu betreiben. — Heute war hier das Gerücht an der Börse verbreitet, v. Manteuffel wäre zurückgetreten. Einem anderen Börsengerüchte zu Folge hatte gestern in Kiel, wo jetzt Umschlag (Jahresmesse) ist, ein kleiner Exzeß stattgehabt, wobei dem dänischen Kommissär die Fenster eingeworfen sein sollen.

⸸ **Kiel**, 5. Jan. [Wie die Rechte Schleswig-Holsteins gewahrt hat.] Mit dem Schleswig-Holsteinismus scheints wirklich sein Ende zu haben; freilich nur ein provisorisches, wie jetzt Alles provisorisch ist. Sie werden von der Botschaft, die v. Bille von Wien mit hierher gebracht, schon gelesen haben. Wir hätten dem zu Folge keine gemeinschaftliche Regierung, kein gemeinschaftliches Ober-Appellationsgericht und was sonst uns noch allgemeinschaftlich war, zu erwarten. Wir können dem noch hinzufügen, daß man die Gesetze, welche man während des Interims dänischer Seits für Schleswig einseitig erlassen hat, stillschweigend bestätigt hat. Sie werden den künftigen Ständen nicht einmal zur Berathung vorgelegt werden. Aber nicht nur uns, sondern selbst dem großen Deutschland hat man genommen. Die Festung Rendsburg ist als eine dänische erklärt. Von Kopenhagen wird dies hierher geschrieben. Hoffen wir — wenn überhaupt noch zu hoffen ist, — daß diese Nachricht übereilt ist. Was hat man uns gelassen? Die Verbrecher- und Wahnsinnanstalten, nämlich die Straf-, Taub- und Irrenhäuser; wäre nicht noch der schleswig-holsteinische Kanal und das Indigenat, d. h. das gegenseitige Bürgerrecht, hinzugefügt, so würde man diese großmächtige Verwilligung für eine Ironie halten. Und dies ungefähr an dem Jahrestage, wo die Kommissäre feierlich proklamirt, die Rechte Schleswig-Holsteins wahren zu wollen.

Der Minister für Schleswig wird morgen nach Kopenhagen reisen. Von dem vorjährigen Invalideneinkommen ist ein Ueberschuß geblieben, weswegen die Regierung neuen Meldungen entgegensieht. Die Unteroffizierschule zu Itzehoe wird nach Plön nördlicher geschoben, wie man glaubt nicht ohne politische Intention.

Oesterreich.

⸸ **Wien**, 7. Januar. [Die Intriguen Schwarzenberg's. — Gefährdung der Israeliten. — Dr. Bach.] Die hier eröffneten Zollkonferenzen fesseln in diesem Augenblicke natürlich mehr als irgend etwas Anderes die öffentliche Aufmerksamkeit, zumal die ganze Richtung der Zeitverhältnisse die Menschen auf die Pflege der materiellen Interessen hindrängt und diese, sowie nach dem Umschwung der Julirevolution, die idealen Bedürfnisse der Völker zu verschlingen scheinen. Manche behaupten, daß die österreichische Politik für den Fall, als Preußen sich beharrlich weigern sollte, auf die Intentionen der österreichischen Handelseinigung aufrichtig einzugehen, bereits die Fäden in der Hand habe, **um über Preußen ein Netz moralischer Nöthigung zusammenzuziehen, aus denen es sich nicht werde herauswinden können.** Es heißt, Fürst Schwarzenberg habe für die Bruck'sche Idee einer Zolleinigung mit Deutschland bekanntlich **nur eine Handhabe der auswärtigen Politik ist, habe die Successionsangelegenheiten der Fürsten von Braunschweig und Hessen-Kassel dazu benützt, um Preußen die ernstlichsten Schwierigkeiten auf handelspolitischem Felde zu bereiten, sobald das berliner Kabinet die Bruderhand Oesterreichs beharrlich zurückweisen sollte;** diese beiden Staaten würden alsdann aus dem Zollverein scheiden und dem Steuerverein beitreten, dem auch das Königreich Hannover nach Zerreißung des Septembervertrages wieder vollständig angehören möchte. Wie dem auch sein möge, so dürfte die erwähnte Eventualität immerhin Manches für sich haben, da bekanntlich den genannten Fürsten um die Erzielung ihrer Wünsche Alles zu thun ist und Fürst Schwarzenberg jedenfalls der Mann ist, der Entschiedenheit und Klugheit genug besitzt, um sich daraus Waffen gegen das widerspenstige Preußen zu bereiten, das durch den Austritt von Braunschweig und Kurhessen in zwei strenggeschiedene Hälften getheilt würde, was für das kommerzielle Gedeihen des Landes ohne Zweifel von den schädlichsten Folgen sein müßte. — Die Gerüchte über wesentliche Beschränkungen der den Israeliten gewährten Rechte häufen sich in der neuesten Zeit ungemein, so daß viele Juden im Ernst einen Widerruf der gesetzlich ausgesprochenen Emanzipation, welche allerdings viel Feinde zählt, die es meistens nicht blos aus religiösen Gründen sind, befürchten. Die Antwort, die der aus den angesehensten Personen der hiesigen israelitischen Gemeinde bestehenden Deputation zu Theil ward, die jüngst beim Reichsrathspräsidenten Baron Kübeck eine Audienz hatte, worin sie bat, den heftigen Angriffen der gutgesinnten Presse auf das Judenthum Einhalt zu thun, läßt alle Befürchtungen zu, indem Baron Kübeck erwiderte, daß in der That die Klagen über den Gebrauch, den die Juden von ihren neuerworbenen Rechten meistens machen, allzu häufig wären, als daß die Diatriben der Journale ganz ohne Grund sein könnten; es sei vielmehr am Platz, die zahlreich vorgebrachten Beschuldigungen gegen das Judenthum einer ernsthaften Untersuchung zu unterziehen, wobei sich wohl am Besten die Wahrheit werde ermitteln lassen. — Die Annahme des Großkreuzes vom Leopoldsorden, mit dem eine jährliche Revenue von 2000 fl. und das Baronat verknüpft ist, durch den Minister Bach, welcher diese Auszeichnung früher wiederholt abgelehnt haben soll, läßt darauf schließen, daß in den höchsten Kreisen nunmehr die Ueberzeugung vorwalte, die Gestaltung der europäischen Dinge sei durch den Staatsstreich vom 2. Dezember und durch den Rücktritt des Lord Palmerston zu einem Abschnitt gelangt, der einem Ruhepunkt gleicht, auf dem weitere Entwicklungen nicht mehr befürchtet werden dürfen.

O. C. **Wien**, 7. Jan. [Der eventuelle Zollvereinsvertrag.] Der von dem Lloyd in Nr. 4 gebrachte Entwurf der allgemeinen Artikel eines Handels- und Zoll- und eines eventuellen Zolleinigungsvertrages zwischen Oesterreich und den in dessen Zollverband aufgenommenen Staaten einer- und Preußen sammt den übrigen mit ihm zu einem Zollvereine verbundenen deutschen Bundesstaaten andererseits enthält hauptsächlich folgende Bestimmungen. (Den Wortlaut des Entwurfs werden wir später nachbringen. D. Red.) Der Handelsvertrag hätte am 1. Januar 1854, die Zollunion am 1. Januar 1859 in Kraft zu treten. Während der ersten Periode entfallen alle Zölle auf Roh- und Hilfsstoffe der Industrie; bei beiderseits gleichen Tarifsätzen sind 25, sonst 10 pCt. Rabatt beiderseits zuzugestehen; die Konsuln haben sich der beiderseitigen Unterthanen anzunehmen; in Frankfurt a. M. hat eine ständige Kommission zusammenzutreten, um Differenzen zu verhüten und zu schlichten und die Idee der gänzlichen Union mehr und mehr auszubilden. Beim Eintritt dieser zweiten Epoche hören alle Zölle gegenseitig auf; nur solche Eingangsabgaben, welche auf Staatsmonopole und Accisen sich gründen, bleiben davon ausgenommen, dürfen jedoch nicht erhöht, sondern blos verringert werden. Die gemeinsamen Zölle sind in gleicher Währung zu erheben und zu berechnen; zwischen dem Thaler-, dem Gulden- und dem Fünffrankenfuße ist ein in ganzen Zahlen ausdrückbares Verhältniß herzustellen. Alle Jahre, zum ersten Male 1860, findet eine Generalversammlung von Abgeordneten aller Vereinsstaaten zu Frankfurt statt; die Dauer der Union wird auf 12 Jahre bestimmt und deutschen wie italienischen Staaten der Beitritt offen gehalten.

✱ **Wien**, 7. Jan. [Tagesbericht.] In einigen Tagen wird der Herzog von Gotha hier eintreffen, um der Eröffnung der testamentarischen Verfügung seines Oheims, des verstorbenen Herzogs von Koburg-Kohary, beizuwohnen. Der Herzog von Gotha ist nämlich von seinem verstorbenen Oheim zum Testamentsvollstrecker ernannt worden. Auch die portugiesische Regierung sendet aus diesem Anlasse einen Bevollmächtigten nach Wien. — Die Ankunft des FML. Grafen v. Coronini steht mit dem Antrage wegen Vereinigung der serbischen Woiwodschaft mit Ungarn im Zusammenhange. Doch werden über diesen wichtigen Akt die Meinungen der sämmtlichen an der Spitze der Landesverwaltung Ungarns stehenden Autoritäten darüber vernommen werden.

Die für den Monat Januar 1852 in Wien und Krems angeordneten Schwurgerichte werden vom hiesigen Oberlandesgerichte in Folge höherer Weisung vertagt.

(Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 9 der Breslauer Zeitung.

Freitag den 9. Januar 1852.

(Fortsetzung.)

Für die im Jahre 1848 festgenommene und zu langjähriger Kerkerstrafe verurtheilte Katharina Varga, eine siebenbürgische Wallachin von seltener Energie und Geisteskraft, welche ihre Landsleute in Butsum, Abrudbanya und andern Kameral-Bergorten zum Aufstand zu bewegen verstand, scheint nun auch die Stunde der Erlösung zu schlagen, indem dem Vernehmen nach, hohen Ortes, alle diese Frau betreffenden Akten abverlangt wurden, was als ein günstiges Zeichen zu betrachten sein dürfte. — Jene ungarischen Flüchtlinge, denen die Bewilligung zur Rückkehr in die Heimath zugestanden wird, erhalten einen peremtorischen Termin, binnen welchem sie sich bei der betreffenden Heimathsbehörde persönlich vorzustellen haben, widrigenfalls diese Bewilligung erlischt.

Oesterreich soll im Verein mit Preußen (S. dagegen Berlin) und Rußland abermals eine sehr entschiedene Note an die englische Regierung gerichtet haben, in welcher die Entfernung Mazzinis und einiger der namhaftesten Flüchtlinge aus London verlangt wird. Sollte dem Begehr nicht willfahrt werden, so würde man keinen englischen Staatsbürger in jenen Staaten dulden.

Die Deputation aus Troppau, welche beim Kaiser um einen eigenen Statthalter für Schlesien petitionirte, hatte den günstigsten Empfang und erhielt das Versprechen, ihren Wunsch zu erfüllen.

Gratz, 2. Januar. [Stimmung.] In den Grenzgebirgen Steiermarks nach Kärnten und Krain zu äußert sich unter dem Landvolk bei Gelegenheit der Steuererhebung ein Geist von Widersetzlichkeit. Besonders ist derselbe gegen die Gendarmerie gerichtet, ein in Oesterreich ganz neues Institut, das bereits für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit die ersprießlichsten Dienste geleistet, dagegen aber mit den Vorurtheilen des gemeinen Mannes noch lange Zeit einen schweren Kampf zu bestehen haben wird. Dies gilt namentlich von den Provinzen, wo die Bevölkerung vorwiegend slavisch und ungarisch ist. Auffallend macht sich seit einiger Zeit die Uebersiedelung des ungarischen Adels zumal in die hiesige Gegend bemerkbar. (N. Pr. Z.)

Frankreich.

⌗ **Paris**, 5. Januar. [Tagesbericht.] Die Stimmung der Massen wird dem Präsidenten immer günstiger, und wie es scheint, will dieser seinerseits sich auf die Massen stützen. Die neue Ordnung der Dinge findet nur in den höhern Klassen der Gesellschaft Widerspruch, was nicht zu verwundern ist, da nur diese ein Verständniß für politische Freiheiten und die idealen Güter des Lebens besitzen, welche der Präsident natürlich nicht gewähren kann.

Die Patrie dementirt heut den Constitutionnel, welcher das Eintreffen einer eigenhändigen Gratulation des Kaisers Nikolaus gemeldet hatte.

Es ist aufgefallen, daß der Präsident dem Balle des Präfekten Berger nicht beigewohnt und man schließt daraus auf eine bevorstehende Verabschiedung desselben, vermuthlich zu Gunsten Arrighi's. Herr v. Maupas wird wohl für's Erste noch Polizeipräfekt bleiben, da Carlier für den Augenblick schwerlich in Funktion treten dürfte.

Wie man glaubhaft versichert, sollen die in Folge der Vorfälle des 2. Dezember Verhafteten nicht vor ein Kriegsgericht gestellt, sondern im Verwaltungswege beseitigt werden. **Man wird 2500 Menschen ohne Urtel und Recht nach Cayenne deportiren.** Die Gefangenen von Ham sollen die Freiheit erhalten unter der Bedingung, mindestens ein Jahr lang außer Landes, — doch nicht nach Belgien zu gehen.

Noch ein Gerücht — denn wir leben nur von Gerüchten, da die Presse stumm gemacht worden ist. Napoleon wird den Titel annehmen: Kaiser der französischen Republik.

Die neueste Nr. der Allg. Ztg. schreibt nun auch: Hr. v. Persigny hat die Sendung erhalten, von der Regierung Belgiens die Entfernung des Hrn. Thiers und anderer Volksvertreter, ferner die Zahlung der 70 Millionen Kriegskosten zu verlangen, welche der französische Feldzug von 1831 verursacht hat.

Pays, Constitutionnel, Moniteur und alle andern Regierungsblätter versichern, daß Hr. Dupin beim Tedeum in Notre-Dame war. Hr. Dupin war jedoch während der Ceremonie auf dem Lande, und bemerkte kaum die falsche Angabe in den Zeitungen, als er nach Paris eilte, und von einer Redaktion zur andern lief, um einen Widerruf zu erlangen. Dies war jedoch verlorene Mühe. Alle Zeitungen erklärten, sie könnten die Nachricht ohne besondere Erlaubniß des Ministers des Innern nicht berichtigen, und da Hr. de Morny unerbittlich blieb, so muß Dupin beim Tedeum gewesen sein. Ja, ihm zum Schimpf und zum Verdruß, wiederholt der Constitutionnel, die Gelegenheit dazu bei den Haaren herbeiziehend, noch einmal die falsche Nachricht. Uebrigens kann sich Hr. Dupin nicht über die Consequenzen eines Régime beklagen, welches er in einem Schreiben an Hrn. Portalis, den ersten Präsidenten des Kassationshofes, erkannt hat, mit den Worten: „Nach dem der Volkswille klar gesprochen hat, kann meine Zustimmung so wenig zweifelhaft sein, wie die Ihre.“ Portalis gab seine Adhäsion am 2. Dezember, Dupin will seine vom 2. Januar datirt wissen.

Beim ersten offiziellen Empfang am Neujahrstage näherte sich der Präsident dem Marquis v. Normanby und sprach die Hoffnung aus, die Ereignisse in Frankreich würden in den freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern keine Veränderung hervorbringen. Der edle Marquis, dessen Gewohnheit es eben nicht ist, mit Worten zu geizen, begnügte sich, mit einer tiefen, aber stummen Verbeugung zu antworten. Man schließt daraus, daß Lord Normanby, dessen „außeroffizielle Vertrautheit mit dem Elysee“, wie der Spectator sagt, „schon öfters in London Aergerniß gab“, sehr strenge Instruktionen erhalten haben muß.

Großbritannien.

⁓ **London**, 5. Januar. [Tagesbericht.] Die Gerüchte über die Besetzung der vakanten Posten im Ministerium nehmen mit jedem Tage eine andere Gestalt an. Eines der neuesten, das wir jedoch nicht verbürgen wollen, sagt, daß Lord John Russell bemüht ist, den Herzog von Newcastle, Lord Wodehouse, Mr. Cardwell und Sir James Graham zum Eintritt ins Kabinet zu bewegen; und zwar soll letzterem das Haus-Portefeuille, dem erstern das Amt des Staatskontroleurs (the board of Control), dem zweiten die Unterstaatssekretärstelle im Ministerium des Aeußern und dem dritten die Zahlmeisterstelle für die Armee angeboten worden sein.

Lord August Loftus, bis jetzt bezahlter Attaché der Legation in Stuttgart, ist zum Sekretär dieser Legation ernannt worden. Der ehrenwerthe Spencer Ponsonby verbleibt im Privatsekretariatsbüreau des neuen Staatssekretärs fürs Auswärtige.

Das Wochenblatt „Observer“, welches auch nach dem Austritte Lord Palmerstons sich seine Verbindung mit dem Foreign office zu erhalten gewußt hat, giebt heute schon einen Uebersichtsausweis der Staatseinnahmen vom letzten Quartal, obwohl dasselbe eigentlich erst heute (5.) zu Ende ist. Nach diesen (immer verläßlichen) Angaben wird der Ausfall in diesem Quartal an 700,000 Pfd. betragen (verglichen mit der korrespondirenden Epoche von 1850—1851). Dieser Ausfall rührt namentlich von der Aufhebung verschiedener Taxen — so namentlich der Fenstersteuer — aus der letzten Session her. Der Ertrag der Zölle dürfte wie im 1. Quartal 1851 über $4^1/_2$ Mill. Pfd. ausmachen, dagegen die Accise einen Ausfall von 150,000 Pfd. ergeben. Desgleichen die Stempeleinnahme im Betrage von 40—50,000 Pfd. und die Eigenthumssteuer 10—20,000 Pfd. Dagegen hob sich die Einnahme der Post um mehr als 100,000 Pfd. und im kleineren Maßstabe die verschiedenen andern Einnahmsquellen.

Ein solches Resultat wäre allerdings ein über alle Erwartungen günstiges zu nennen, wenn man die Steuerreduktionen, die in der letzten Session gemacht wurden, im Auge behält. Noch erfreulicher, sagt der „Observer“, wird das Resultat erscheinen, wenn man auch die vielfachen Ersparnisse, die gemacht worden sind, einsehen wird. Der Ueberschuß dieses Jahres dürfte der größte werden, der je erzielt worden ist, dürfte mehr als viertehalb Mill. Pfd. betragen, während der vielbewunderte Surplus der letzten Jahre etwas über 2 Millionen betrug.

Die einflußreichen Reformer von Marylebone haben beschlossen, jede öffentliche Demonstration zu Gunsten Lord Palmerston's und jeden öffentlichen Meinungsausdruck über dessen Entfernung aus dem Kabinet in Form von Adressen, Meetings und dergleichen bis nach Zusammentritt des Parlaments zu verschieben, wo die wahren Gründe seines Rücktritts kein Geheimniß mehr sein werden. Sollte es sich ferner herausstellen, daß der Einfluß fremder Mächte hier gewirkt hat, so steht mit Sicherheit zu erwarten, daß der verletzte Stolz der Engländer sich in vielfachen Demonstrationen zu Gunsten des „geopferten“ Staatssekretärs äußern wird.

Seit langer Zeit läßt sich der „Globe“ wieder einmal über Frankreich hören. Seine Sprache ist doch merklich verschieden von der, die er vor dem 24. Dezember zu führen gewohnt war, und seine Warnungen stehen nicht mehr zwischen den Zeilen. Er müßte lügen, wenn er sagen wollte, daß er „sanguinisch“ in die Zukunft Frankreichs und Europas blicke. Hoffentlich werde L. Napoleon einsehen, daß es eben so lächerlich wie verhängnißvoll wäre, wenn er sich vornähme, das Geschäft seines Onkels fortzusetzen. Um ein „Napoleon des Friedens“ zu werden, müsse er die Freiheit des Gedankens und der Diskussion wieder herstellen, jene Politiker aus seinem Rath entfernen, die seit 36 Jahren jede praktische Reform unmöglich machten, aber eben so „seine bisherige Umgebung“ gegen eine andere vertauschen!!! Aber, wiederholt der Artikel an einer andern Stelle, die Hoffnung, daß L. Napoleon einen heilsamen Weg einschlagen werde, sei eine fast zu sanguinische, um sich derselben hingeben zu können.

Die Verurtheilung der beiden jungen Bradfords (natürlichen Söhne von Lord Aldobrough) in Toskana durch ein österreichisches Kriegsgericht, hat hier einen peinlichen Eindruck hervorgebracht. Obwohl Niemand an der Theilnahme der jungen Leute an einem Komplotte gegen die toskanische Regierung zweifelt, und obwohl keiner von beiden in England geboren ist, hatte man doch gehofft, daß es dem Einfluß der englischen Gesandtschaft gelingen werde, sie zu retten. — Individuen, deren Vater oder Mutter, oder beide Eltern brittische Staatsbürger sind, haben nämlich noch immer, auch wenn sie außer Landes geboren sind, Anspruch auf den Schutz und die Verwendung Englands.

Unter dem Vorsitz von Sir Moses Montefiore fand ein Meeting zum Zwecke der Gründung eines jüdischen Erziehungs-Institutes statt. Es wurden bei dieser Gelegenheit gleich 1000 Pfd. gezeichnet. Die Kosten sind auf 9000 Pfd. veranschlagt.

[Amerikanische Post.] (Telegr. aus Liverp.) Durch den Dampfer „Niagara“ haben wir Nachrichten aus New-York vom 23., aus Boston vom 24. und 277,250 Doll. in Baarem erhalten. — Am 25. war der amerikanische Dampfer „Georgia“ mit Goldstaub im Werth von 2,440,000 Doll. von Chagres in New-York eingetroffen. — Kossuth war am 22. von New-York nach Philadelphia abgereist. Außer beträchtlichen Summen, mit welchen er bei verschiedenen Banken accreditirt wurde, waren 25,000 Dollar für ihn subskribirt worden. — Aus Mexico berichtet man vom 19. November, daß auf der Höhe von Vera-Cruz ein Geschwader von 5 englischen Kriegsschiffen erschienen ist, ohne daß Jemand etwas von der Absicht dieses Besuches wisse. — Am 5. November wüthete auf der Landenge von Panama ein heftiger Sturm, durch den die Hälfte der Stadt Cruces in Ruinen gelegt wurde.

[Noch eine Erklärung in Sachen Palmerston's.] Der wiener Korrespondent des Czas erklärt in Nr. 2 den Austritt Palmerston's aus dem englischen Kabinet in folgender Weise: Lord Palmerston hat seit drei Jahren die auswärtige Politik nach dem alten System, wenn auch auf eigenthümliche Weise, geleitet. Das Kabinet unterstützte und hielt ihn, und theilte auch mit ihm die Verantwortlichkeit so lange, als es meinte, daß Europa dieser Politik keinen Widerstand leisten könne. Bis zu den Ereignissen des 2. Dez. in Frankreich beschränkte sich eigentlich Alles, was die europäischen Kabinette gegen diese Politik thaten, auf Noten, Verwahrungen und Drohungen. Einen entscheidenden Schritt wagte Niemand zu thun, und konnte es auch füglich nicht. Die Ereignisse des 2. Dezember änderten diesen Zustand der Dinge. Rußland, Oesterreich und Preußen fanden in Napoleon einen Verbündeten, der bereit ist, ihre Forderungen England gegenüber zu unterstützen. Die Frage der politischen Flüchtlinge, die für Frankreich eben so wichtig ist, wie für die drei nordischen Höfe, gab zum entscheidenden und gemeinsamen Auftreten in dieser Hinsicht um so mehr Veranlassung, als Lord Palmerston in seiner bekannten Antwort an die londoner Deputationen für die herrschenden Oberhäupter in Oesterreich und Rußland eine Frage der persönlichen Würde daraus gemacht hatte. In den ersten Tagen des Dezembers wurde daher in Beziehung auf diesen Gegenstand eine Cirkular-Note an Palmerston abgeschickt, auf welche der edle Lord antwortete, daß er die Lösung dieser für Europa so wichtigen Frage nicht auf sich allein

nehmen könne, sondern daß er die Sache dem ganzen Kabinet und der Königin zur Entscheidung vorlegen werde. Von diesem Augenblick an war es für Lord Palmerston nicht mehr zweifelhaft, daß das Kabinet sich gegen ihn aussprechen würde, da die gedachte Cirkularnote den ehrenwerthen Lord auf dessen eigenes Verfahren in der Angelegenheit der beiden Amerikaner, welche die englische Polizei auf den einfachen Verdacht revolutionärer Absichten hin in Irland angehalten hatte, und auf die an die Regierung der Vereinigten Staaten in dieser Angelegenheit von ihm selbst gerichtete Note vom 30. September 1848 hingewiesen hatte. Lord Palmerston war damals der Meinung, daß der bloße Verdacht schon hinreiche, um die von ihm angeordneten Vorsichtsmaßregeln zu rechtfertigen. Die europäischen Kabinette erklärten ihm daher in der erwähnten Note, daß dieselben Vorsichtsmaßregeln unverzüglich gegen alle auf dem Kontinente reisenden Engländer in Anwendung kommen würden, wenn Lord Palmerston bei seiner Politik in Betreff der politischen Flüchtlinge verharren würde. Uebrigens verlangten die betreffenden Regierungen des Festlandes in diesem ihrem Ultimatum von Lord Palmerston nichts, was die Ehre und die Interessen Englands irgendwie verletzt hätte; allein schon die bloße Darstellung dieser Frage von diesem Gesichtspunkte aus, reichte hin, um den Austritt Palmerstons aus dem Ministerium zu bewirken. Ich kann Ihnen versichern, daß dies der eigentliche Verlauf der ganzen, so viel besprochenen und so verschieden beurtheilten Angelegenheit ist und daß die Cirkularnote, die ich selbst in Händen gehabt habe, dem Kabinet von St. James keine weitere Wahl übrig ließ.

Rußland.

Kalisch, 3. Januar. [Russische Neuerungen. — Zeitungswesen.] Die warschauer Zeitungen widmen in ihren Neujahrsbetrachtungen den russischen Einrichtungen, von welchen im verwichenen Jahre Polen betroffen wurde, eine bedeutende Aufmerksamkeit, und weisen natürlicherweise auf die Ordnung und materiellen Vortheile hin, welche durch solche Einrichtungen dem Lande entstanden sind. Außer der Einführung des russischen Zolltarifs gehören zu den wesentlichsten Neuerungen die Einführung des russischen Postwesens, welches allerdings nebst geringerem Postporto auch viel Ordnung und mehr Pünktlichkeit in dieses Fach gebracht hat. Ferner die nach russischer Art erfolgte Errichtung von Kaufmannsgilden; die Einführung neuer russischer Scheidemünze; die Einführung des Probe-Stempels für goldene und silberne Gegenstände ꝛc. In das verflossene Jahr fallen auch die strengen Verordnungen, welche gegen die Juden erlassen wurden, und die nach dem Ukas vom 27. Juni eingeführte außerordentlich hohe Abgabe von 250 Silber-Rubel für einen Paß ins Ausland. Der letzte Termin für den bereits im Mai 1850 anbefohlenen Gebrauch russischer Maße und Gewichte ist in Warschau auf den 15. Februar d. J. festgesetzt worden. — Im laufenden Jahre erscheinen in Warschau vier politische Zeitungen, nämlich: Gazeta Warszawska, Kurjer Warszawski, Dziennik Warszawski und die Gazeta Rządowa (die Regierungs-Zeitung, zugleich auch russisch). Außer diesen erscheint eine Polizei-Zeitung und ein Fremdenblatt. Periodische Blätter für Wissenschaft, Religion, Handel, Mode ꝛc. erscheinen gegenwärtig 8 in Warschau. (Konst. Bl.)

Provinzial-Zeitung.

* **Breslau,** 8. Januar. [Polizeiliche Nachrichten.] Am 7. d. gelang es einen hiesigen Uhrmachergehülfen festzunehmen, welcher dringend verdächtig ist, den vor circa 6 Wochen in dem Hause Neue Weltgasse Nr. 12 stattgehabten gewaltsamen Diebstahl, wobei dem Besitzer jenes Hauses aus seiner verschlossenen Wohnung 136 Rtl. entwendet wurden, verübt zu haben. Obwohl der Verhaftete die That bestreitet, und er nicht im Besitz des Geldes betroffen worden ist, so sprechen doch anderweitige Umstände für den gefaßten Verdacht.

Am 7. d. früh wurden den bei einem auf der Weidenstraße wohnhaften Schornsteinfegermeister in Arbeit stehenden Gesellen, aus dem in der Gesellen- und Burschenstube befindlichen verschlossenen Kleiderschrank 1 silberne Taschenuhr, ein Portemonnais und 23 Sgr. baares Geld, mittelst gewaltsamen Einbruchs entwendet. Da einer der Lehrlinge jenes Meisters am 31. Dezember v. J. heimlich aus der Lehre entwichen, und dabei einem andern Lehrling 1 Rock und 1 Weste, im Werth von 4 Rthlr. 10 Sgr. verschwunden war, so fiel der Verdacht der Verübung beider Diebstähle auf den entwichenen Lehrling. Am 7. d. Abends gelang es einem Polizeibeamten denselben zu ermitteln und festzunehmen. Bei seiner Konstituirung gab er an, daß die Entwendung der Uhr, Portemonnais und des Geldes durch einen hiesigen Tagearbeiter verübt worden, und er dabei als Aufpasser behülflich gewesen sei; ferner, daß er mit jenem Tagearbeiter bei den Bewohnern des Reviers seines Meisters 2 Tage hindurch zum Neujahr gratuliren gewesen, und dadurch circa 4 Rtl. zusammengebracht habe. Die jenem Lehrling abhanden gekommenen Bekleidungsstücke wollte er bei seiner Entweichung, welche während der Dunkelheit erfolgt war, vergriffen haben, hatte aber demohngeachtet dieselben bereits in Gebrauch genommen. Der gedachte Tagearbeiter ist bereits festgenommen.

§ **Breslau,** 8. Januar. [Ein neues Gaunerstückchen.] Bekanntlich werden hier die keckſten Angriffe auf das Eigenthum oft am hellen Tage gewagt, und nicht selten mit verwegenster Geschicklichkeit ausgeführt. In der Regel gelingt es der Achtsamkeit unserer Aufsichtsbehörden, die Thäter ausfindig zu machen und sie der gerechten Strafe zu überliefern, was schon aus den zeitweise veröffentlichten polizeilichen Nachrichten, noch aber aus den öffentlichen Gerichtsverhandlungen zur Genüge hervorgeht. Dem Publikum ist jedoch die größte Vorsicht anzuempfehlen; denn die Dreistigkeit jener Industrieritter ist leider im Zu- statt im Abnehmen begriffen, und die Zahl ihrer heillosen Streiche mehrt sich fast täglich. Eines der raffinirtesten Stückchen wurde gestern am hiesigen Ringe versucht.

Die Droschke, welche eine fremde Dame zum Bahnhof befördern sollte, war daselbst vorgefahren. Auf das Verdeck wurden mehrere Packete geladen. Eben wollte der damit beschäftigte junge Mann das letzte Packet, das er aus der Wohnung seines Prinzipals geholt hatte, an Ort und Stelle bringen, als er die Droschke den Paradeplatz entlang fahren sah. Er lief ihr eiligst nach, sein Prinzipal folgte ihm. Fast gleichzeitig holten sie das Fuhrwerk ein, und geboten dem Kutscher Halt, welcher denn auch sogleich stehen blieb. Im Wagen saß ein elegant gekleideter Herr und dampfte gemüthlich seine Havanna. Da er sich auf seiner Entführungsreise vorzeitig entdeckt sah, so ergriff er durch die entgegengesetzte Thür das Hasenpanier und verschwand unter der inzwischen zusammengelaufenen Volksmenge.

Auf Befragen erklärte der Droschkenkutscher, daß der elegante Herr in Abwesenheit des oben erwähnten jungen Mannes den Wagen bestiegen, sich als den Eigenthümer der darauf befindlichen Sachen gerirt und „nach dem niederschl.-märkischen Bahnhofe" befohlen habe. Die wahre Eigenthümerein war überaus zufrieden, daß sie mit dem bloßen Schreck davon gekommen; ihre Habseligkeiten waren durch die Umsicht des jungen Mannes glücklich gerettet.

† **Kreis Lublinitz,** 6. Januar. [Die Beförderung der amtlichen Korrespondenz.] Aus Veranlassung, daß die Einrichtung mit der Beförderung der amtlichen Korrespondenz des königlichen Landraths- und Steuer-Amtes sowie der Kreis-Blätter an die einzelnen Gemeinden des Kreises per Post sich nicht als zweckmäßig bewährte, hat der Kreisverband das dieserhalb mit der Post getroffene Abkommen vom 1. Januar d. J. aufgelöst, und ist die früher bestandene Einrichtung der Beförderung durch Gemeinde-Ordonnanzen wieder ins Leben gerufen worden. Die sämmtlichen Gemeinden des Kreises sind demnach angewiesen, von jetzt ab wieder allwöchentlich an jedem Sonnabende die Dorf-Ordonnanzen Behufs Abholung der Kreis-Blätter und Briefe nach der Kreisstadt abzusenden. Um jedoch eine Regelmäßigkeit in der Versendung der Kreisblätter zu erzielen, sowie den Boten aus den von der Kreisstadt entfernt gelegenen Ortschaften die weiten Wege zu ersparen, hat das königliche Landrathsamt einen Plan entworfen, nach welchem die Ordonnanzen nur aus den nächst gelegenen Ortschaften in das landräthliche Bureau gesendet werden, und die entfernten Ortschaften in der Nähe ihre Kreisblätter abholen können.

† **Neisse,** 7. Jan. [Kommando nach Ratibor. — Die heiligen drei Könige.] Gestern Morgen nach 8 Uhr trat hier ein ansehnliches Infanteriekommando aus der Garnison, unter Führung des Lieutenant v. Luck vom 22sten Regimente, mit vollständigem Gepäck, seinen Marsch nach Ratibor an, um die Bewachung des dortigen großen Gefangenenhauses und Inquisitoriats zu übernehmen. Von der Regimentsmusik erhielt diese Truppenabtheilung das Geleit mit klingendem Spiel bis über die Festungsgrenzen hinaus. Der Marsch wurde vom vortrefflichsten Wetter begünstigt.

Der gestrige heilige Dreikönigstag wird in unserer Stadt als ein hoher Festtag, sowohl kirchlich, als in Geschäfts- und Verkehrsangelegenheiten besonders feierlich begangen.

Man hat hier mit Zuversicht aussprechen hören, wie es nicht unwahrscheinlich sei, daß vielleicht schon im nächsten Jahre die seit längerer Zeit schon aufgehobenen Festtage, als welche sie auch im Kalender bezeichnet sind, wieder restituirt werden dürften. In Anbetracht der Thätigkeit und Wirksamkeit der katholischen Vereine möchte vielleicht eine solche Annahme nicht als blos lediglich aus der Luft gegriffen erscheinen, sondern wohl in gut unterrichteten Regionen bereits ventilirt worden sein, mindestens bezeichnet sie den Grad der Erwartungen und Hoffnungen, denen man sich mit einigem Grunde hinzugeben geneigt ist.

△ **Neisse,** 7. Januar. [Schwurgerichte. — Gräfenberg, Herzog von Augustenburg. — Industrielles. — Die Philomatie. — Frau Fürstin von Hohenzollern. — Uebungsmarsch. — Waldverkauf. — Katholischer Verein. — Vorversammlung für die Gemeinderaths-Wahlen.] Am 19. d. Mts. werden die Schwurgerichts-Verhandlungen wieder beginnen. — Von Gräfenberg her erhalten wir Mittheilungen, daß schon ein nicht unbeträchtlicher Theil der Kurgäste seit dem Ableben Prießnitz's die Heilanstalt verlassen hat, und auch durch Neisse sind einige derselben auf ihrer Rückreise passirt, von denen wir als eine Notabilität den Herzog von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg anführen, welcher sich längere Zeit mit Familie in Gräfenberg aufgehalten hatte. — Im Interesse der hiesigen Gewerbtreibenden und der in der neisser Gegend im Betriebe befindlichen Industrie-Unternehmungen möchte es wünschenswerth erscheinen, wenn sich hierorts ein Comitee bildete, welches mit Breslau in Bezug auf die dort intendirte Industrie-Ausstellung in Verbindung träte, um die Betheiligung unserer Industriellen an derselben vorzubereiten und zu erleichtern, so wie die in dergleichen Fällen ersprießliche Aufmunterung und Anregung nicht zu verabsäumen. Die vor zwei Jahren hier veranstaltet gewesene Ausstellung und Ausspielung von Kunstgegenständen und Industrie-Erzeugnissen hatte lebhaften Anklang und rege Theilnahme gefunden; in Ansehung der ausgestellten Sammlung von Gemälden hatte besonders der, so viel uns bekannt, jetzt in Breslau lebende Oberst a. D. v. Firks sich durch seine Bemühungen eines besondern Erfolges dieses Unternehmens im kunstsinnigen Publikum zu erfreuen gehabt. Durch die Anwesenheit des Fürsten von Hohenzollern in Neisse ist die Hoffnung gerechtfertigt, daß auf Hebung der Industrie und Belebung des Kunstsinnes in hiesiger Gegend jetzt gewiß recht gedeihlich gewirkt werden könnte. — In dem Vereine der Philomatie wird bei der heutigen Versammlung der Mitglieder desselben Oberlehrer Dr. Schmidt eine Vorlesung über eine der Schriften Plato's halten. An Stelle des Herrn Gymnasial-Lehrers Otto, welcher eine längere Zeit hindurch als Sekretär bei der Gesellschaft in Function war, versieht Herr Apotheker Poleck, der Jüngere, jetzt nach erfolgter Reorganisation der Vereins-Statuten die Geschäfte des Sekretariats. — Die Aufmerksamkeit der Welt, welche Louis Napoleon jetzt auf sich gezogen hat, giebt uns Veranlassung zu erwähnen, daß auch die hier residirende Familie des Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen in ziemlich naher Verwandtschaft mit demselben steht, da die Frau Fürstin Josephine von Hohenzollern, eine geborne Prinzeß von Baden, die Tochter des Großherzogs Carl Friedrich und der Großherzogin Stephanie von Baden, einer Tante Louis Napoleons, ist. — Heut Abend um 7 Uhr wird die hundert und erste Versammlung und Sitzung des hiesigen katholischen Vereins im städtischen Brauhaus-Saale stattfinden und ist für Theilnahme an derselben durch Bekanntmachung vermittelst Affichen an den Straßen-Ecken der Stadt Sorge getragen. — Am 12. d. Mts. wird in demselben eben namhaft gemachten Lokale eine Vorversammlung von Wählern der dritten Abtheilung wegen Verständigung über die zu treffenden Geneinderaths-Wahl stattfinden. Da ein großer Theil der Bürger von der Theilnahme an den Wahlen gänzlich ausgeschlossen ist, so hat sich für diese ganze Institution überhaupt keine besonders lebhafte Sympathie im Gesammtpublikum dargelegt.

Neisse, 2. Jan. [Die Ermordung des Gefangenwärters Kahl.] Zu unserem Bericht über die Ermordung des Gefangenaufseher Kahl müssen wir einige Berichtigungen und Erläuterungen folgen lassen. — Am 29. Dezember v. J., Abends gegen halb 9 Uhr, war der p. Kahl in die Wachstube eingetreten, hatte sich mit dem Befehlshaber der Wache (Vicefeldwebel Freund) unterhalten, sich dann nach seiner Wohnung begeben und Letzterer die Hausthüre verschlossen. Ungefähr um 10 Uhr hörte der p. Freund die Gatterthüre aufschließen und ein gut gekleideter Mensch (Böhm) trat in die Wachstube und bat, die Hausthüre aufzuschließen. p. Freund trat hinaus und sah noch drei andere Männer stehen, von denen zwei in graue Jacken, der dritte in einen Rock gekleidet waren. Als der Erstgenannte gefragt wurde, wohin sie gehen wollten, gab er vor, sie wären beauftragt, den Sarg für den verstorbenen Oberaufseher zu

holen. p. Freund äußerte Argwohn und Böhm versicherte, daß ihm zu trauen wäre, denn er sei interimistischer Aufseher. Doch alle diese Vorspiegelungen fruchteten nichts, sie mußten in das Innere wieder zurück, p. Freund schloß die Thüre und begab sich in die Wachstube. Nach einiger Zeit wurde wieder Schlüsselgeräusch an der Thüre hörbar. Der p. Freund ging abermals aus seiner Wachstube und sah einen Schlüsselbart durch das Schlüsselloch ragen; unwillig über diese Nachtstörung drückte er den eingesteckten Schlüssel zurück und steckte den seinigen hinein. Als einer von Innen sagte, der wirkliche Aufseher sei jetzt da, öffnete der Wachhabende die Thüre einen Fuß breit und sah die vorigen 3 Individuen wieder und vor sich einen Menschen, welcher wirklich als Aufseher im Dienstrock gekleidet war, eine Pelzmütze tief ins Gesicht gezogen, in der einen Hand eine Laterne und in der andern ein Schlüsselbund hatte. Der Auslaßbegehrende (Jülke, angeklagt des Raubmordes) gab vor, eine Nasenquetsche holen zu müssen, und da man zögerte, ihn hinaus zu lassen, so betheuerte der unbekannte Aufseher, daß man ihm auf seinen Amtseid vollkommen trauen könne. Als auch diese Vorspiegelung fruchtlos geblieben war, fügte einer sehr ungeschickt hinzu: „Morgen früh um 5 Uhr wird der Oberaufseher begraben, denn er liegt schon drei Tage." — Diese unwahren Worte entschieden das Schicksal der Schuldigen schneller; der p. Freund schlug die Thüre vor ihnen zu, verschloß sie, rief seine Mannschaften zu den Waffen, postirte dieselben an die Ausgänge und gab den Befehl, Jeden der sich nähere, niederzustoßen. Er zog hierauf an dem Klingelzuge des p. Kahl; derselbe erschien jedoch nicht, wohl aber dessen schwerhörige Schwägerin und taubstumme Tochter, welche bedeuteten, Kahl wäre noch nicht zurückgekehrt. Darüber nun höchst stutzig gemacht, läuft der p. Freund auf allen Korridors umher und zieht an allen Klingelzügen, um das Dienstpersonal zu alarmiren. Zu dem ausgestellten Posten zurückgekehrt, bemerkt dieser: es befänden sich vier Kerls hinter der Glasthüre. In Begleitung des erschienenen Inspektors und eines Gefangenaufsehers ging es nun mit gefällten Gewehr auf die bezeichnete Stelle los. Hinter der Glasthüre fand man eine Klause geöffnet und erblickte diejenigen vier Individuen wieder, welche sich zu den darin befindlichen drei Gefangenen geflüchtet hatten. Die Thüre wurde verschlossen und ein Posten davor gestellt. Indem die übrigen Klausen revidirt wurden, fand man ebenfalls zwei derselben geöffnet. In der einen sah p. Freund einen Menschen unter einem Strohsack liegen; er wirft denselben herunter und erkennt den Aufseher Kahl, welchem ein rother Lappen im Munde steckte, ein Band fest um den Hals geschlungen, die Hände auf den Rücken gebunden und die Füße zusammen geschnürt waren. Er reißt ihm sogleich den Lappen aus dem Munde, holt ein Messer und schneidet ihm die Banden entzwei, rüttelt ihn, ruft ihn bei seinen Namen, aber er war und blieb — todt.

Da alle Gefangenen durch den Lärm aufgeregt und zu dem Aeußersten entschlossen schienen, ja sogar die Posten im Hofe beschimpften, so mußte sowohl von dem Breslauer Thore als der Hauptwache eine Verstärkung von 9 Mann herbeordert werden, welche auch sogleich erschienen. Hierauf wurden die vier Verbrecher aus der Zelle gebracht, durch das Geständniß des Einen die Schlüssel wieder hervorgesucht und nun Jeder einzeln in Fesseln gelegt und eingesperrt.

Durch die große Umsicht, Wachsamkeit und Entschlossenheit des Vicefeldwebel Freund wurde also dieser Plan zu einer allgemeinen Flucht vereitelt und die Verbrecher, welche jedenfalls wieder viele Uebelthaten verübt hätten, wurden unschädlich gemacht.

Uebrigens war ein gewaltsamer Versuch gemacht worden, durch den Thurm zu brechen, und keiner 24 Stunden hätte es mehr bedurft, so wäre den 7 Verbrechern die Flucht gelungen. (Oberschl. Bürgerfr.)

*** Neisse**, 7. Januar. [Kaplan Hertlein.] Mit Bezug auf eine in der gestrigen Nummer dieser Zeitung enthaltene Korrespondenz diene zur Berichtigung, daß Se. Eminenz, der hochwürdigste Herr Kardinal, den Kaplan Hertlein „in Folge gegründeter Vorstellungen" Seitens des hiesigen Herrn Stadtpfarrers in Neisse belassen werden.

*** Freistadt.** Die von Sr. Majestät dem Könige der hiesigen Schützengilde verliehene Fahne wird nicht, wie in einem der frühern Blättern dieser Zeitung gemeldet worden, im Januar d. J., sondern den 14. u. 15. Juni d. J. feierlichst geweiht werden; dies zur Berichtigung.

---

† Jauer, 7. Januar. [Christbescherung.] „Die Liebe höret nimmer auf." Dies hat sich am letzten Weihnachtsfeste abermals am hiesigen Orte, wie in vielen andern in der Provinz bewahrheitet. Seit einer langen Reihe von Jahren haben sich auf Anregung der hochwürdigen evangelischen und katholischen Geistlichkeit wohlthätige Herzen und Hände aufgethan, um einer Menge armer Kinder eine Weihnachtsfreude zu bereiten. Es sind am verflossenen 24. Dez. über 300 evangelische und 112 katholische Kinder mit mancherlei Geschenken erfreut worden. Außer einer Menge abgetragener Kleidungsstücke sind noch vertheilt worden: 98 Paar neue Schuhe, 58 Paar neue Strümpfe, 36 neue Hemden an evangelische; 35 Paar neue Schuhe, 55 Paar neue Strümpfe und 13 Hemden an katholische Kinder. Aus dem im hiesigen Wochenblatte abgestatteten Danke des Superintendenten Balcke und des Pfarrers Langsch ist zu ersehen, daß auch eine große Menge Wachsstöcke, Lichte, Pfefferkuchen, Aepfel, Schreibebücher, Federposen rc. zur Vertheilung eingegangen sind. Zu diesen Liebesgaben hat der hierorts bestehende, im Stillen wohlthätig wirkende Frauenverein auch diesmal den erheblichsten Beitrag geliefert. Möge er ferner blühen und wachsen!

[Kirchliches.] In Nr. 1 der hiesigen Unterhaltungsblätter wird die evangelische Kirchengemeinde an zwei wichtige Tage in ihrer Kirchengeschichte erinnert. Am 26sten September 1652 wurde der Platz zu unserer ehrwürdigen Friedenskirche abgesteckt, und den 27 deff. der erste öffentliche Gottesdienst auf dem geweihten Platze abgehalten. Zweck des Einsenders ist, die Gemeinde zur Feier dieser beiden Tage aufzufordern. — Bei dem hierselbst noch herrschenden kirchlichem Sinne ist zu erwarten, daß es geschehen wird.

*** Aus dem Gebirge.** [Der Nothstand.] Der großen Noth, über welche aus den Kreisen Landshut, Hirschberg u. Lauban in Folge mangelhafter Ernte Trauer-Nachrichten eingelaufen sind, könnte in Etwas Abhülfe geschehen, wenn der projektirte chausseemäßige Ausbau der von Freiburg nach Bolkenhain führenden Poststraße, welche gegenwärtig in sehr schlechtem Zustande sich befindet, ohne Zeitverlust in Angriff genommen würde.

Glaubwürdigen Nachrichten zufolge soll das zum Bau erforderliche Kapital beinahe vollständig gezeichnet, die Staats-Prämie bewilliget und vom derzeitigen Komitee zu Freiburg mit den Vorarbeiten soweit vorgeschritten sein, daß möglicherweise mit dem Bau vorgegangen werden könnte.

Möge dieser fromme Wunsch zur That werden und den zuständigen Behörden Veranlassung geben, doppelten Nutzen aus diesem Wink zu ziehen.

= Grünberg. [Die Nahrungslosigkeit und die allgemeine schlesische Industrie-Ausstellung.] Unser so segensreich wirkende „Hilfsverein" klagte neulich in seinem Jahresbericht darüber, daß so Viele über die herrschende Nahrungslosigkeit und über das Sinken jeder gewerblichen Betriebsamkeit seufzen; und der Hilfsverein hat recht. Industrie und Gewerbe liegen arg darnieder, wenig Arbeit, drückende Preise und theure Lebensmittel setzen den Handwerker in Verzweiflung, und namentlich ist es der sogenannte kleine Bürger, der unter der Last des Kummers fast erliegt. Er weiß oft nicht, wie er sich und seiner zahlreichen Familie das Leben fristen soll. Wie diesem Elende abzuhelfen und ein erfreulicher Zustand des Gewerbe-Betriebs herbeizuführen sei, kann Referent freilich nicht mit Sicherheit angeben, da ihm auf seinem beschränkten Standpunkte ein umfassender Umblick nicht erlaubt ist, er muß es denen überlassen, deren erhabenere Stellung einen tieferen Blick in die herrschende Kalamität gestattet; aber auf Eins will er aufmerksam machen, was uns Schlesiern (und vielleicht auch den Deutschen überhaupt) mangelt, und welches uns stets hindern wird, einen dauernden und nachhaltigen Aufschwung des gesammten gewerblichen und industriellen Lebens zu erreichen. Es ist dies unsere Unlust, oder richtiger gesagt, unsere Trägheit, abgenutzte Bahnen der Betriebsamkeit, die sich als unpraktisch und unfruchtbar erweisen, zu verlassen und neue, nutzbringendere Wege einzuschlagen. Es zeigt sich dieser unheilvolle Charakterzug eben so stark ausgeprägt auf dem Lande wie in der Stadt. Dort so wie hier bricht sich das Neue, Zeitgemäßere ungemein langsam und schwer Bahn. Der Landmann, treibt ihn nicht ein umsichtiger und tüchtiger Gutsherr fast mit Gewalt zu heilsamen Reformen, der kleine Handwerker in der Stadt bleibt bei dem alten Schlendrian, wie er ihn von Vater und Großvater ererbt hat. Am ausgeprägtesten sehen wir dies bei den Webern und Spinnern, welche lieber erhungern als ihre gewohnte und ererbte Beschäftigung aufgeben und eine andere einträglichere Arbeit übernehmen wollen. Mit eben so großer Unlust schreitet der kleine Handwerker zu Reformen in Bezug auf seine Arbeiten, noch weniger denkt er daran, auf Neuerungen zu sinnen, die seinem Gewerbe einen vermehrten Aufschwung verleihen, und es den Ansprüchen der Gegenwart mehr angemessener gestalten. Eine Gelegenheit, gegen diesen verderblichen Hang zum alten Schlendrian erfolgreich anzukämpfen, giebt uns ein Unternehmen, welches von dem Gewerbevereine zu Breslau ausgegangen ist, und welches, wenn es in der rechten Weise ausgeführt wird, von den umfassendsten und wohlthätigsten Folgen für unsere Provinz sein kann. Ich meine nichts anderes als die dieses Jahr in Breslau zu veranstaltende

Allgemeine schlesische Industrie-Ausstellung.

Hier wird man nicht allein erkennen, auf welche Stufe der Vollkommenheit die schlesische Industrie sich emporgeschwungen habe, sondern auch der am alten Schlendrian Klebende wird beschämt die Gewerbstüchtigkeit seiner Mitbürger anstaunen und zu Nacheiferungen angeregt werden. Ist irgend etwas geeignet, zur Hebung der Industrie und der Gewerbe im Großen und Ganzen beizutragen, so ist es eine solche allgemeine Industrie-Ausstellung, wie sie eben in Breslau beabsichtigt wird. Und dennoch ist es in der Provinz noch ganz todt und still, als würde die Ausstellung erst in 10 Jahren eröffnet; nirgends ein reges Leben, nirgends ernstliche Vorbereitungen für dieses provinzielle Unternehmen! Nur die Nachbarstadt Sagan macht eine ehrenvolle Ausnahme! Da hat der wackere Gewerbeverein die Sache rüstig in die Hände genommen, und bereits eine Versammlung veranstaltet, um die zweckmäßigsten Mittel und Wege zu berathen, wie sich die Stadt am würdigsten an dem großartigen Unternehmen betheiligen könne. — So ist es recht! So sollte es überall sein! — Die schlesische Industrie-Ausstellung ist nicht ein Unternehmen, was nur Denjenigen angeht, der selbst Gegenstände zur Ausstellung schicken will, sondern sie ist ein Unternehmen, welches Alle in mehr oder minderem Grade angeht, welches für Alle, Industrielle oder Handwerker oder Landwirthe oder Beamte oder Gelehrte, von Wichtigkeit und Interesse ist. Sowie, wenn der industrielle und Handwerker-Stand in einem Lande kränkelt, der ganze gesellschaftliche Konnexus mitleidet, so wird auch die ganze staatliche Gesellschaft von den wohlthätigen Folgen berührt, wenn die Industrie und die Gewerbsthätigkeit eines Landes blühen. Aus eben diesem Grunde aber muß die Betheiligung an dem Unternehmen nicht von dem Einzelnen ausgehen, sondern das Ganze muß sich nach Kräften betheiligen, nicht der einzelne Aussteller muß sich dafür interessiren, sondern die gesammte Gemeinde, die ganze städtische Kommune muß es thun. Sie mögen sich an den hohen Behörden ein nachahmungswerthes Beispiel nehmen! Sie haben bereits das Unternehmen auf das Angelegentlichste befürwortet und unterstützt, und sie werden es gewiß auch noch ferner thun; es ist nur Sache der städtischen Behörden und Korporationen, namentlich aber der sämmtlichen Gemeinde-Mitglieder selbst, dem gegebenen Beispiele zu folgen!

Literatur, Kunst und Wissenschaft.

* **Breslau.** [Von der Universität.] Professor Dr. Schmölders, welcher seit einigen Jahren mit dem geistvollen Lehrer des Sanscrit, Herrn Professor Dr. Stenzler, die Lehrkanzel für diese Sprache an hiesiger Hochschule theilt, sich vorzugsweise aber den arabischen Studien hingiebt und auch in diesem Winter-Semester neben dem berühmten Nestor der arabischen Sprachgelehrten, Herrn Professor Dr. Bernstein, einer der noch wenigen älteren Zierden der breslauer Universität, für deren Studirende arabische Grammatik liest, — hatte aus einer leidener Handschrift mit der an ihm gewohnten Gewissenhaftigkeit eine Abschrift von einer interessanten philosophischen Abhandlung des Behmeajar Ben-el-Marzurban, eines persischen Aristotelikers aus Avicennos Schule genommen. — Unter treuer Benutzung derselben hat Dr. Salomon Poper, ord. Mitglied der deutschen morgenländischen Gesellschaft, so eben zwei metaphysische Abhandlungen dieses bisher noch unbekannten Philosophen, über dessen Lebensumstände nichts Genaueres vorliegt, dessen Name aber auf eine persische Abkunft mit Fug und Recht schließen läßt — arabisch und deutsch, mit höchst schätzbaren Anmerkungen begleitet, herausgegeben, und dadurch einen in mannigfacher Hinsicht willkommenen Beitrag zur Geschichte der aristotelischen Philosophie im Orient geliefert. — Die beiden Abhandlungen, die erste über das Objekt der Metaphysik, d. i. das Sein als solches, die zweite über die Abstufungen des seienden Wesens (nach jener Schmölder'schen Kopie des leidener Manuscripts), sind in dem gewöhnlichen kurzen Kompendienstyle geschrieben und dürften ohne Kommentar nur den wenigen, in die Ausdrucks- und Auffassungsweise der arabischen Philosophie Eingeweihten verständlich gewesen sein; um so größeren Dank hat sich Dr. Poper durch seine äußerst korrekte, den Worten des Originals genau folgende Uebersetzung, welcher ein die hauptsächlichsten Schwierigkeiten erklärender Kommentar beigegeben ist, bei allen Freunden philosophischer Studien gesichert. — Noch scheint es uns im Hinblick auf die vortreffliche äußere Ausstattung des Werkchens der Er-

wähnung werth, daß beim Drucke desselben zum ersten Male die neuen arabischen Typen der altberühmten Tauchnitz'schen Offizin (in Leipzig) angewandt worden sind, die mehr als alle anderen betreffenden bisher in Europa üblichen Typen, den Regeln der arabischen Kalligraphie zu entsprechen streben und in dieser Beziehung u. A. mit den als mustergültig anerkannten der akademischen Offizin von Graß, Barth u. Comp. zu Breslau in Wettstreit treten, Typen, womit z. B. Habicht's „Tausend und Eine Nacht", und mehrere andere namhafte arabische Werke gedruckt sind.

λ. **Paris.** An neuen Opern werden hier einstudirt: Der ewige Jude von Halevy; Lucy, komische Oper in 1 Akt, Text von Planard, Musik von Cadaux; die grünen Schranken, Oper in 2 Akten, Text von Sauvage, Musik von Bazin; und Mattheus, Oper in 3 Akten, Text von Georges, Musik von Grisar.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

* **Breslau,** 8. Jan. [Oeffentliches Gerichts-Verfahren.] In der Sitzung des königl. Stadtgerichts vom 7. Januar, Abtheilung für Uebertretungen, wurden verurtheilt:

1) Drei Droschkenkutscher, wegen aufsichtslosen Stehenlassen ihrer Droschken, ein jeder davon zu 10 Sgr. Geld- oder 24 Stunden Gefängnißstrafe.

2) Ein Droschkenkutscher wegen Aufstellen seiner Droschke Nr. 330, auf unerlaubtem Platze, zu einer Strafe von 15 Sgr. oder 24 Stunden Gefängniß.

3) Ein hiesiger Tapezirer wegen unterlassener Meldung eines in Wohnung genommenen Handlungs-Commis, zu einer Strafe von 1 Rthl. oder 24 Stunden Gefängniß.

4) Eine hiesige Wittwe wegen unterlassener Meldung einer fremd bei ihr angezogenen Person, zu einer Strafe von 1 Rthl. oder 24 Stunden Gefängniß.

5) Ein hiesiger Haushälter wegen Verabsäumung der hinreichenden Vorsichtsmaßregeln beim Herabwerfen von Schnee von der Dachrinne, zu einer Strafe von 20 Sgr. oder 24 Stunden Gefängniß.

6) Ein hiesiger Dienstknecht wegen aufsichtslosen Stehenlassen seiner Pferde, zu einer Strafe von 10 Sgr. oder 24 Stunden Gefängniß.

7) Ein hiesiger Schuhmacher wegen Gewerbesteuer-Defraudation zu einer Strafe von 32 Rthl. event. 14 Tagen Gefängniß.

§ **Breslau,** 3. Januar. [Oeffentliche Gerichtsverhandlung.] Unter der Anklage, seine Amtsbefugniß überschritten zu haben, so wie der Mißhandlung und Körperverletzung stand der Polizeisergeant W. Schmidt vor dem hiesigen Kriminalgericht. Der Angeklagte hatte am 6. September v. J. einen des Diebstahls verdächtigen Mann zur Haft und nach dem Amts-Lokale des Polizei-Kommissar Schimmel gebracht. Dort schlug er den Inhaftaten mit einem Ochsenziemer, um ihm ein Geständniß abzunöthigen. Der angebliche Dieb blieb jedoch bei der Behauptung stehen, daß er unschuldig sei und veranlaßte dann die Verfolgung des Sergeanten Schmidt, wegen Ueberschreitung seiner Amtsbefugnisse zc. Der Angeschuldigte behauptete zwar, Inhaftat habe sich anfänglich seiner Festnehmung widersetzt und ihn dadurch zu Mißhandlungen gereizt. Gleichwohl verurtheilte der Gerichtshof den Angeklagten Polizeisergeanten Schmidt auf Grund des § 315 des neuen Strafgesetzbuches zu 1monatlicher Gefängnißstrafe.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

? Unsere Handels-Politik.

II.

Man hat die Gründe für die Weigerung unserer Regierung, sich an der wiener Handelskonferenz zu betheiligen, meist in der Politik gesucht. Die politische Bedeutung, sagt man, welche Preußen aus seiner Stellung im Zollverein schöpft, würde durch ein Bundesverhältniß mit Oesterreich verloren gehen, weil in jedem derartigen Verhältnisse Oesterreich das bestimmende Gewicht in die Waagschale werfen würde.

Aber wenn Preußens Macht- und Staatsstellung Gefahr droht, so ist dies in Frankfurt — nicht in Wien, im Bundestage — und nicht in der Zollkonferenz. Welcher Art hier auch die Absichten Oesterreichs sein mögen, Preußen hätte sich nichts durch sein Erscheinen in Wien vergeben; es wäre hier frei in Allem, mit dem absoluten Rechte anzunehmen und abzulehnen, ganz nach eigenem Belieben. Es ist hier nicht wie in der Bundesversammlung, wo Preußen 2 Stimmen unter 17 inne hat und wo es leicht eine kompakte Majorität gegen sich vereint findet; auf der Zollkonferenz gäbe es für Preußen keine anderen Beschlüsse, als die, welche mit seiner Zustimmung gefaßt worden sind. Hier würde Oesterreich keinen andern Einfluß geltend machen können, als den, welcher in den Vortheilen liegt, die es uns zu bieten hat, und in Wien würde Preußen Bundesgenossen finden, die es in Frankfurt nicht hat; es würden dort sich nothwendigerweise und gezwungen durch die Rücksicht auf ihre eigene Existenz alle die Staaten um Preußen sich schaaren, deren Interessen sich mit den seinigen schon im Zollverein verknüpft und verwebt haben.

Auch ist die Sachlage, wenn man ihr nur genau auf den Grund sieht, durchaus nicht der Art, uns in der handelspolitischen Frage zu einer feindseligen Haltung gegen Oesterreich irgend welchen Grund zu geben.

Was verliert Preußen denn, wenn das von Oesterreich angestrebte Handelsbündniß zur Wahrheit wird?

Es giebt fast keinen Menschen von einiger Einsicht in das Wesen der Handelspolitik, der nicht von den großartigen und unberechenbaren materiellen Vortheilen, die aus einem freien Verkehre mit Oesterreich unserm Handel und unserer Industrie erwachsen würden, sich ergriffen fühlte — auf diesem Gebiete also kann von einer Gefährdung Preußens nicht die Rede sein. Es handelt sich also nur um die aus diesem Bündnisse möglicherweise hervorgehende Auflösung des Zollvereins und den für Preußen sich daran knüpfenden Verlust eines Theils seiner handelspolitischen Bedeutung.

Indessen, Preußen beherrscht nicht den Zollverein, es steht nur an der Spitze desselben und bildet gewissermaßen seine leitende Macht. Diese Stellung ist allerdings viel werth, sie ist, wie schon gesagt, das Letzte, was uns aus der stillen und langsamen Arbeit der 33 Friedensjahre geblieben ist, und bildet noch die einzige Errungenschaft unserer Diplomatie seit den Zeiten des wiener Kongresses. Sie zu behaupten ist deshalb der Knotenpunkt der gegenwärtigen Krisis.

Allein woher kommt es denn überhaupt, daß die Forteristenz des Zollvereins schon jetzt in Frage steht? Wer hat es denn dahin gebracht?

Preußen leidet seit den letzten Jahren unter einem doppelten Mißgeschick seiner Diplomatie. Nicht genug, daß sie in den meisten Fragen sich von falschen Zielen bestimmen läßt, verfehlt sie es auch noch, wo das einmal wirklich nicht der Fall ist, wieder in den Mitteln, die sie wählt. Der Vertrag vom 7. September ist so recht ein Beispiel für dieses Mißgeschick.

Die Heranziehung Hannovers zum Zollverein erfüllt einen langgenährten Wunsch aller Zollvereinsglieder; aber die Art, wie dieser Anschluß bewerkstelligt worden ist, hat aus dem Vertrage vom 7. September eine Klippe gemacht, an der sich Preußens ganze handelspolitische Stellung brechen kann.

Wäre dieser Vertrag in der offenen und loyalen Absicht abgeschlossen worden, das gesammte nicht-österreichische Deutschland in einen Handelskörper zu vereinigen und für das Gebiet des Zollvereins die Nordseeküste zu gewinnen, so würde man ihn allerseits als ein dankenswerthes Werk begrüßt und selbst die kaiserliche Regierung würde ihn als einen bedeutenden Schritt zu der gerade von ihr am entschiedensten erstrebten allgemeinen deutschen Handelseinigung angesehen haben. Die Verhandlungen mit Hannover hätten dann mit aller Offenheit gegen die anderen Vereinsregierungen geführt werden können. Preußen wäre nicht in die Lage gekommen, die Zollvereinsverträge kündigen zu müssen und der Beitritt Hannovers wäre für den Zollverein ein neues, kräftigendes und das gesammte Zollvereinsgebiet zu einem einheitlichen Ganzen verknüpfendes Band geworden. Aber unglücklicherweise hatte die preußische Diplomatie bei diesem Vertrage einen geheimen Hintergedanken, der an sich vom Uebel, hier auch ein gutes Werk verdorben hat. Sie wollte ihr Handelsgebiet im Norden erweitern, hauptsächlich in der Absicht, um gegen den Süden, insbesondere gegen Oesterreich eine verstärkte Macht ins Feld stellen zu können. Und die Motive für diese forcirte Opposition dürfen nicht etwa in der **Politik** gesucht werden, sondern nur in der Intention, unserem Handels- und Zollsystem eine Wendung in **freihändlerischer** Richtung zu geben. — Darum ist man mit Hintansetzung aller den zollvereinsländischen Regierungen schuldigen Rücksichten so still und heimlich zu Werke gegangen, daß selbst die österreichischen Diplomaten nichts von den laufenden Unterhandlnngen erfuhren. Und als hätte Jemand die Situation recht absichtlich verwickeln wollen, ist der Vertrag auch noch erst so spät zum Abschluß gekommen, daß der Termin für die durch denselben nothwendig gewordene Kündigung des Zollvereins heranrückte, ehe man sich auch noch der Zustimmung der hannoverschen Kammern und damit überhaupt der Ausführung des Vertrages vergewissern konnte. — So hat die preußische Regierung selbst sich die gegenwärtige fatale Situation bereitet. Was mit Mühe und Kunst in einem halben Menschenalter gewebt und gewirkt worden ist, hat das Mißgeschick an einem Tage wieder aufgelöst.

Zwar versichern uns die berliner gouvernementalen Blätter, daß es der Regierung auch jetzt noch ernstlichst um Erhaltung des Zollvereins zu thun ist, — aber wenn das unser Ziel sein soll, ist auch die Nichtbeschickung der wiener Konferenz der richtige Weg, es zu erreichen?

Nein, und abermals nein!

Oesterreichs gegenwärtige Handlsbund-Vorschläge waren an und für sich der Existenz des Zollvereins nicht feindselig, ja, sie nahmen sogar seinen Fortbestand für die nächste Zeit zum Ausgangspunkte ihrer Bestrebungen. Und selbst der Vertrag mit Hannover mußte Oesterreich von diesem Gesichtspunkte aus als ein auch ihm zu Statten kommender Fortschritt in der Handels- und Zolleinigung sämmtlicher Staaten Deutschlands erscheinen.

Diese Auffassung hat auch die kaiserliche Regierung in ihrem die Einladung zur Theilnahme an der wiener Konferenz begleitenden Rundschreiben ausdrücklich auszusprechen Gelegenheit genommen.

Hätte nun Preußen durch Beschickung der Januar-Konferenz wenigstens einige Geneigtheit gezeigt, auf die österreichischen Handelsbund-Vorschläge einzugehen, so wäre uns der Fortbestand des Zollvereins gesichert gewesen; denn einerseits liegt jetzt das Schicksal des Zollvereins in den Händen der Mittelstaaten und es ist längst kein Geheimniß, daß der Einfluß des wiener Kabinets in München, in Stuttgart, in Dresden und selbst in Karlsruhe und Kassel den des preußischen bei weitem übertrifft, ja, ihn so gut wie ganz verdrängt hat; — andererseits wäre dann auch für die Mittelstaaten, wenn sie nicht zwischen Preußen und Oesterreich zu wählen haben, die Erneuerung der Verträge, selbst bei einer ihnen ungünstigen Form- und Organisations-Umgestaltung, zu einer gebieterischen Nothwendigkeit geworden. Und nicht blos der Zollverein, auch der Vertrag mit Hannover hätte dadurch eine sichere Bürgschaft bekommen, denn auch in Hannover überwiegt gegenwärtig der Einfluß Oesterreichs und ohne dessen Dazwischentreten wäre für den Traktat vom 7. September keine ernstliche Gefahr vorhanden. — So hätte sich die schon getrübte Situation in Kurzem wieder geklärt.

Allerdings würde dann noch mit dem dereinstigen Zustandekommen der deutsch-österreichischen Handels- und Zollunion der Zollverein entweder ganz aufhören oder wenigstens seine bisherige Selbstständigkeit aufgeben müssen. Allein das zu hindern, liegt doch nicht in Preußens Macht, weil die an dieser Frage so sehr betheiligten materiellen Interessen ihre alle politischen Rücksichten zurückwerfende Schwerkraft geltend machen werden, — die preußische Regierung mag wollen oder nicht. Preußen muß einmal die Anziehungskraft, welche der Kaiserstaat auf die angrenzenden kleineren Gebiete üben und die Alles überwiegenden Vortheile, welche er ihnen im freien Verkehre bieten kann, in Rechnung bringen; — es kann sie nicht hinwegraisonniren.

Wenn, wie man sagt, die Frage der Handelseinigung für uns wegen ihrer polischen Bedeutung eine andere ist, als für Baiern, Sachsen, Württemberg zc. — so muß man nur auch nicht vergessen, daß der Fortbestand des Zollvereins und die damit zusammenhängende Stellung Preußens von diesen Staaten dann eben so gut abhängt, als von Preußen selbst, und daß man wohl schwerlich erwarten darf, daß Baiern, Württemberg, Sachsen zc. die unendlich großen Vortheile eines Handelsbündnisses mit Oesterreich aus reiner Vorliebe für Preußens politische Stellung aufgeben werden. — Also selbst, wenn man die Dinge von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, wie das ein großer Theil der preußischen Presse thut, kann man sich doch dem Schlusse nicht entziehen, daß dann früher oder später, gut oder übel Preußen doch keine Wahl bleiben wird, und daß, weil gegen das Unvermeidliche sich nicht kämpfen läßt, es besser ist, jetzt einen Vergleich einzugehen, als späterhin eine Unterwerfung zu unterzeichnen.

Aber selbst abgesehen davon, ist es auch ein großer Irrthum, zu glauben, daß Preußen durch ein Handelsbündniß mit Oesterreich überhaupt an seiner staatlichen Bedeutung verlieren würde. Man darf zuvörderst nicht außer Acht lassen, daß jedes Handelsbündniß nur auf eine bestimmte Zeit lauten und also jeden Theil nur für eine kurze Periode verpflichten kann — daß daher die Rücksicht auf eine mögliche Kündigung des Vertrages den einen Theil nur zu einer gewissen Nachgiebigkeit gegen den anderen stimmen muß. Und dann, welcher Art auch die Form und die Verfassung der deutsch-österreichischen Handelsunion werden möchte, Preußen würde in derselben immer durch seine innere Kraft und seine ökonomische Bedeutung das zweitgrößte Glied bilden. Ja, mehr als das. Gedrängt durch die Gewalt der materiellen Interessen, würden in der deutsch-österreichischen Union nicht blos die norddeutschen, sondern auch die mittel- und süddeutschen Staaten sich an Preußen anlehnen müssen, weil ihre Industrie- und Kulturzustände den unsrigen sich bereits assimilirt haben; jede ökonomische Differenz

(Fortsetzung in der zweiten Beilage.)

Zweite Beilage zu № 9 der Breslauer Zeitung.

Freitag den 9. Januar 1852.

(Fortsetzung.)

mit Oesterreich würde sie deshalb auf unserer Seite finden. Statt zu verlieren, würde Preußen dann aufs Neue gewinnen. Wie jetzt den Zollverein, würde es in der deutsch-österreichischen Union Deutschland repräsentiren und Oesterreich gleichberechtigt zur Seite gehen.

Aber durch den Entschluß der preußischen Regierung, sich an der wiener Konferenz nicht zu betheiligen, ist die Lage der Dinge vollständig geändert worden.

Preußen hat Oesterreich in eine feindselige Stellung gedrängt und die kaiserliche Regierung wird nicht verfehlen, uns ihren mehr als je in Deutschland erstarkten Einfluß fühlen zu lassen.

Die Mittelstaaten, schon seit Langem von einer Animosität gegen Preußen durchdrungen und in neuester Zeit dadurch, daß der Vertrag vom 7. September ohne die geringste Mitwissenschaft ihrerseits abgeschlossen wurde, in ihrem Stolz gekränkt, sehen die Gelegenheit sehr gern, Revanche an Preußen zu nehmen. Der 2. Januar hat sie sämmtlich in Wien vertreten gefunden. Man wird dort nicht allein ohne Preußen berathen, nein, es ist in diesem Blatte schon gesagt worden, man wird gegen Preußen Rath halten. Von allen Seiten mit dem besten Willen gegen Preußen ausgestattet, wird man schon die Mittel finden, sich gegen uns zu vereinigen.

Oesterreich wird Preußen seine ganze Operationsbasis zu nichte machen.

Die Argumentationen der berliner Blätter stützen sich zwar freilich darauf, daß der finanzielle Gewinn, den die süd- und mitteldeutschen Regierungen aus dem Zollvereine schöpfen, sie uns nothwendigerweise erhalten wird, — aber man muß die Höfe von München, Stuttgart, Dresden und Kassel schlecht kennen, um nicht zu wissen, daß sie selbst vor größeren Opfern, als die sind, welche sie selbst im schlimmsten Falle zu fürchten haben, nicht zurückschrecken werden, wenn es gilt, Preußen ein Paroli zu bieten. Baierns Machtgelüste sind seit Jahren bemerklich genug hervorgetreten — nun, das wiener Kabinet kann ihm jetzt Gelegenheit bieten, sie auf Kosten Preußens geltend zu machen.

Die Vereinigung der Mittelstaaten unter Baierns Leitung, und wahrscheinlich auch die Bildung einer mitteldeutschen Zollunion — das ist der Plan, den man in Wien zur Reife bringen wird.

Die preußische Regierung ist zur Zeit auf diese Eventualität wohl schon gefaßt, und wenn wir gewisse dunkle Andeutungen in den Spalten der mit der Regierung in Verbindung stehenden Blätter recht verstehen, denkt sie in diesem Augenblicke daran, den Zollverein beinahe ganz aufzugeben und sich auf den Vertrag mit Hannover zu stützen, das heißt, sich vom Süden zu trennen und den Norden zu gewinnen — und demgemäß auch ihr Handelssystem in dieser Richtung umzugestalten.

Aber auch diesen Weg wird Oesterreich sicher der preußischen Regierung nicht offen lassen. Auch Hannover ist in Wien vertreten, und die Fäden des wiener Kabinets reichen über Frankfurt nach Hannover. Hier wie dort wird die österreichische Diplomatie es an Mühe und Geschick für ihre Zwecke nicht fehlen lassen.

Die preußische Regierung hätte durch die Betheilung an den Berathungen in Wien sich zum Mittelpunkte der dortigen Konferenz machen können; ihr Auftreten dort wäre von dem größten Gewicht gewesen, es hätte für das der übrigen deutschen Staaten bestimmend werden müssen. Oesterreich ist es, welches das Handelsbündniß bietet, seine Stimme ist abgegeben, Preußen hätte nun zu sagen gehabt: ob annehmen oder ablehnen; an ihm wäre es gewesen, das entscheidende Wort zu sprechen. Die preußische Regierung hätte ihrem Lande nicht blos die immensen Vortheile eines Handelsbündnisses mit Oesterreich sichern, sondern auch für ihre haltlos gewordene Lage einen neuen Schwerpunkt gewinnen können, sie hätte den Zollverein retten, den Vertrag mit Hannover befestigen und für die Stellung Preußens in der dereinstigen deutsch-österreichischen Handelsunion die günstigsten Bedingungen erreichen können. Das wiener Kabinet hätte diesmal das zustimmende Votum Preußens selbst für einen hohen Preis nicht zu theuer gefunden. Wenn jemals, so hätte jetzt die preußische Regierung zurückgewinnen können, was seit dem Tage von Warschau preisgegeben worden ist.

Statt dessen ist es dahin gekommen, daß sie in diesem Augenblicke ganz isolirt ist.

Werden wir wieder, wie in der Unionspolitik, den günstigen Augenblick versäumen? Werden wir, wo es im Voraus so klar ist, daß wir auf die Dauer nicht widerstehen können, dennoch die Gefahr einer feindseligen Stellung, einer so mächtigen Koalition gegenüber, heraufbeschwören? Werden wir dabei verharren, uns von den Berathungen, wo es sich um das materielle Wohl des ganzen Deutschlands handelt, auszuschließen, und so lange zusehen, bis wir es nachher mit fertigen Thatsachen zu thun haben? Werden wir wieder zaudern und zögern, bis sich uns die Schwierigkeiten von allen Seiten häufen, und das Wasser uns so zu sagen bis an den Hals reicht? Ist es denn so ganz vergessen, was uns diese Politik vor kaum einem Jahre gekostet hat und ist es gar nicht in Anschlag zu bringen, daß es sich diesmal nicht um ideale Politik, um Union oder Bundestag, um Theilnahme am Präsidium oder nicht, sondern um die Existenz, um das tägliche Brod von Millionen, um die Zukunft der Industrie, der Gewerbe und des Verkehrs handelt?

⊙ **Breslau**, 7. Januar. [Industrie-Ausstellungs-Angelegenheit.] In der heutigen Sitzung des Central-Ausschusses für die schlesische Industrie-Ausstellung, der Herr Oberbürgermeister Elwanger präsidirte, ward zunächst über das Ausstellungs-Lokal berathen. Herr Polizei-Präsident v. Kehler referirte Seitens der Baukommission über deren seitherige Thätigkeit. Nach allen Urtheilen technischer Mitglieder derselben erweist sich das **Claaßen'sche Stiftungshaus** als für den Zweck der Ausstellung so vortheilhaft, daß die etwaigen Bedenken wegen Entfernung desselben vom Mittelpunkte der Stadt ganz verschwinden, und wird die Baukommission demnächst weitere Schritte thun, um diese Angelegenheit ihrer vollkommenen Gestaltung zuzuführen.

Hierauf trug Herr Stadtrath Pulvermacher das von ihm entworfene Programm, welches in Sachen der Ausstellungs-Angelegenheit demnächst veröffentlicht werden soll, vor. Unter lebhafter Debatte wurden die einzelnen Positionen desselben durchgesprochen und Beschluß gefaßt.

Die Ausstellung wird am 24. Mai d. J. eröffnet, dauert acht Wochen, und sind Anmeldungen dafür bis zum 15. April, Einlieferungen vom 1. bis 15. Mai zu machen.

(Der Central-Gärtner-Verein von Schlesien] hat bei der Aufgabe, welche er sich gestellt hat, der Gartenkunst in Schlesien nach allen Seiten hin aufzuhelfen, es als eines der wesentlichsten Requisite erkannt, die Ausbildung der Gärtner zu befördern und dem Bedürfniß und Verlangen des Publikums nach tüchtigen und ihrem Fache gewachsenen Gärtnern und Gartengehülfen entgegenzukommen. Der Verein hat die spezielle Besorgung dieser Angelegenheit einem aus seiner Mitte ernannten Komitee anvertraut. Dieses konnte sich nicht verhehlen, daß ein Hauptgrund, warum die Liebe zur Gartenkunst in unserer Provinz theils überhaupt selten ist, theils auch wo sie früher vorhanden war, sich verringert hat, in der unbestimmten und unsicheren Stellung der Gärtner und dem ungeordneten Verhältniß zwischen ihnen einerseits und ihren Herrschaften andererseits liegt. Als Hauptübelstände erscheinen hierbei, daß die Gärtner durchschnittlich zu dürftig besoldet sind, daß sie zu anderen Diensten mit verwendet werden, andererseits, daß viele Gärtner nicht die hinreichende Liebe zu ihrem Fache, oder daß sie nicht die hinreichende Kenntniß und Geschicklichkeit besitzen, entweder überhaupt, oder wenigstens in dem Zweige der Gärtnerei, für welche sie von der Herrschaft engagirt sind. Weil sie nicht hinreichend besoldet sind, und daher anderweitigen Erwerb suchen müssen, vernachläßigen sie den Garten der Herrschaft, so daß diese an demselben keine Freude haben kann, und ebenso verringert sich die Lust und Freude am Gartenbau, wenn durch die Untüchtigkeit des Gärtners der Garten und die Gewächse statt verschönert und vermehrt zu werden, sich verschlechtern und verringern und statt Ertrages und Vergnügens Unlust und Verdruß resultiren. Der Verein sieht es daher als eine Pflicht an, diese Angelegenheit in die Hand zu nehmen, indem er dem Publikum gegenüber, welches ihn in dieser Beziehung mit seinem Vertrauen beehrt und bei Annahme von Gärtnern oder Gartengehülfen sich an ihn wenden will, die Verpflichtung übernimmt, nur solche Individuen vorzuschlagen und zu empfehlen, von deren Kenntnissen und Geschicklichkeit in den betreffenden Branchen der Gärtnerei er sich hinreichend überzeugt hat und für deren Leistungen er einzustehen vermag. Es ist zu dem Ende die Einrichtung getroffen worden, daß durch eine ebenso unparteiische, als gründliche Prüfung die Kenntnisse derjenigen Individuen, welche durch die Vermittelung des Vereins eine Anstellung als Gärtner wünschen und nachsuchen, ermittelt werden, auch sich der Verein die genaueste Kenntniß über den Bildungsstand, die Leistung und die Führung derselben zu verschaffen suchen wird.

Diejenigen Herrschaften also, welche sich unter genauer Angabe derjenigen Zweige der Gärtnerei, in welchen der Gärtner erfahren sein soll und der ihm zu gewährenden Einkünfte, einen solchen durch Vermittelung des Vereins zu erlangen wünschen, dürfen hiernach erwarten, daß ihnen nur solche Individuen werden in Vorschlag gebracht, resp. empfohlen werden, welche mit Liebe und Lust zu ihrem Fache, auch die nöthigen Kenntnisse und Geschicklichkeit besitzen. Der Verein schmeichelt sich, daß hierdurch nicht allein das Loos der Gärtner sich besser und erfreulicher gestalten, sondern auch der Gartenkunst Freunde und Gönner werden erhalten und gewonnen werden, damit aber der Gartenbau in unserer Provinz einen ebenso wünschenswerthen als erfreulichen Aufschwung nehmen werde. Das Komitee.

Berlin, 8. Januar. [Patent.] Dem Zimmermann Gattlieb Bernhardt zu Eßmannsdorf bei Artern ist unter dem 3. Januar 1852 ein Patent auf eine Maschine zum Absondern guter und voller Erbsen von schlechten in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Ausführung, und ohne Jemanden in der Benutzung der bekannten Theile zu verhindern, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preuß. Staats ertheilt worden.

λ Der Engländer Mr. Wyld hat eine Broschüre: Die Vertheilung des Goldes durch die Welt herausgegeben. Beigefügte Karten zeigen die Fundgruben dieses Metalls, wie es in der Erde vertheilt ist. Ungarn hat die reichsten Goldminen in Europa; doch die jährliche Ausbeute beträgt nur 35 Pfund Sterling. Die Minen Rußlands brachten zu Anfang dieses Jahrhunderts jährlich 42,000 Pfd., 1830: 15,000 Pfd., 1835: 12,000 Pfd., 1842: 41,000 Pfd., 1843: 55,000 Pfd., 1847: 73,000 Pfd., 1849: 69,000 Pfd., 1850: 4,000,000 Pfd. Sterling. Kalifornien brachte 1850: 10,000,000 Pfd. und vom Januar bis November 1851: 15,000.000 Pfd. Sterling. Die erst im verflossenen Jahre entdeckten Minen in Neusüdwales lieferten bereits, trotzdem, daß noch alle Vorrichtungen zum Bergbau fehlten: 1,000,000 Pfd. Sterling.

Oldenburg ist dem deutschen Postvereine beigetreten. Es wird nunmehr die Vereinstaxe (frankirt 10 Meilen 1 Sgr., unfrankirt 2 Sgr.) auf die Briefe dorthin angewendet.

— Vom 1. Januar d. J. wird im Fürstenthum Waldeck die Branntweinsteuer nach dem in Preußen bestehenden Steuersatze erhoben, so daß zwischen beiden und den mit Preußen in Branntweinsteuer-Gemeinschaft stehenden Staaten ein freier Verkehr mit Branntwein stattfindet.

Liverpool, 2. Januar. [Baumwollebericht.] Es ergiebt sich, daß der Vorrath hier, hauptsächlich durch einen Fehler in der Aufnahme der Verkäufe für Export, um 43,000 Ballen die bisherigen Angaben übersteigt, und am 31. ult. 423,730 Ballen betrug.

Trotz der voriges Jahr zu dieser Zeit so allgemein aufgestellten Behauptung, daß die Erndte kaum 2 Millionen Ballen betragen und die Zufuhr bedeutend abfallen würde, ergiebt sich erstere als 2,355,257 Ballen, während der Import größer war, als in irgend einem früheren Jahre, nämlich 1,882,720 Ballen, wovon 1,749,938 nach Liverpool gekommen sind.

Die falsche Spekulation, welche sich auf diese getäuschte Ideen basirte, hat den Inhabern größeren Verlust gebracht, als sie je erlitten. Von Januar bis Juli fiel der Preis von „middling" Orleans von $7\frac{7}{8}$ d. auf $4\frac{1}{2}$ d. und obgleich er seitdem wieder auf $5\frac{1}{4}$ d. gegangen, hat der herbe Schlag viele böse Narben gelassen. Heute ist der Preis $4\frac{5}{8}$ d.

Als Beweis, wie sehr der Preis den Verbrauch influirt, dient, daß von Liverpool

in den ersten 4 Monaten des Jahres 1851 }
vom 3. Januar bis 2. Mai = 17 Wochen } 426,590 Ballen = 25,000 Ballen pr. Woche,

in den letzten 4 Monaten des Jahres 1851 }
vom 22. August bis 19. Dez. = 17 Wochen } 537,730 Ballen = 31,600 Ballen pr. Woche,

also ein Ueberschuß von 111,140 Ballen oder 6600 Ballen pr. Woche für inländischen Konsumo genommen wurden.

Der ganze Konsumo von Baumwolle in Großbrittanien betrug in 1851 1,662,530 Ballen, oder pr. Woche 31,971 Ballen; und übersteigt jedes frühere Jahr.

Die Erfahrung hätte also nochmals gezeigt, wie schwer es um diese Jahreszeit ist, ein richtiges Urtheil über die künftigen Verhältnisse des Baumwollenmarkts zu fällen. Die Vordeutungen für die jetzt einlaufende Erndte sind allerdings so günstig, daß an einem reichlichen Ertrag nicht zu zweifeln ist. Gegen die extremen Erwartungen, die gehegt werden, müßte man übrigens die Chancen aufwiegen, die in diesem Jahre, wie in früheren, Zufuhren dennoch zurückhalten könnten. Besonders hängt dieses von den Preisen ab. Ohne Zweifel sind diese hier, wie in Amerika, durch Ueberfluß an Geld aufrecht erhalten worden, und werden durch die bestehende Aussicht auf eine große Gold-Einfuhr ferner begünstigt. Aber bis die Wirkungen der politischen Veränderungen neuerer Zeit überstanden, wird die mercantilische Welt von Perioden der Entmuthigung nicht befreit sein. Ein ernstliches Weichen der Preise würde wahrscheinlich viele Pflanzer veranlassen, ihre Baumwolle an sich zu halten, und die Zufuhren um so viel beschränken. Was diese im höchsten Falle betragen können, wagen wir nicht zu veranschlagen. Man taxirt sie auf 2,700,000 bis 2,800,000 Ballen, und dies würde den Bedarf des Handels nicht viel übersteigen. Wir schätzen indessen die jetzigen Anschläge der Erndte nicht über ihren

Werth und setzen, wie im vorigen Jahre, keineswegs unbedingtes Vertrauen darin. Wir glauben übrigens, die Zufuhren werden groß genug sein, um übermäßige Spekulation und hohe Preise zu verhindern.

Die letzten Nachrichten von Amerika sind vom 20. ult. aus New-York und enthalten nichts Neues. Die Berichte von 2. Dezember waren dort noch nicht bekannt, aber es herrschte eine mattere Stimmung in den Märkten, zu der mehrere Fallissemente in letzter Zeit beitrugen. Die Veränderungen in den Preisen dort war seit Anfangs November nicht mehr als ⅛ à ¼ Cent im Ganzen. Eine so kleine Abweichung ist um diese Jahreszeit merkwürdig.

Laut Liste vom 16. Dezember aus New-York waren die

	1851	1850	1849	1848
Zufuhren	646,000	605,000	648,000	680,000
Export nach Großbrittanien	210,000	207,000	158,000	297,000
Total-Export	321,000	347,000	264,000	422,000
Vorrath	275,000	305,000	372,000	298,000

Hier zeigten sich nach den Feiertagen zwar ziemlich viele Käufer, aber die Tendenz des Markts war im Ganzen matt. und gestern wurden hie und da zu Preisen 3/16 à ¼ d. unter denen vom 24. Dezember abgesetzt. Heute herrscht etwas mehr Festigkeit und mehr als ⅛ d. Reduction für die Woche ist nicht anzugeben. Simon u. Co. Manchester.

* **London,** 5. Jan. Das Circular des Hauses Hughes u. Ronald über den Stand des Wollmarktes im Jahre 1851 äußert sich folgendermaßen: Im Januar und Februar war das Geschäft sehr lebhaft, die Nachfrage bedeutend, Preise beträchtlich im Steigen. Bald aber zeigten sich die Aussichten weniger günstig; die Konsumenten kauften blos für ihren unmittelbaren Bedarf, so daß unsere geschmolzenen Vorräthe bald erschöpft waren, so daß im Juni und Juli für engl. Wolle größere Nachfrage war und höhere Preise bezahlt wurden. — Der Verbrauch im Laufe des Jahres war bedeutend; die Spekulation beschränkt; Fluktuationen mäßig, und unsere Preise stehen jetzt denen zu Anfang des vergangenen Jahres ziemlich gleich; im Durchschnitt eher etwas niedriger. Die Hauptfurcht in England bleibt für jetzt die, daß die Zufuhr aus den Kolonien klein und auch der Vorrath heimischer Waare vor der neuen Schur geringe sein dürfte. In diesem Falle könnten bei der voraussichtlichen Wohlfeilheit des Geldes, die Preise leicht zu einer bedeutenden Höhe hinaufgetrieben werden. Fremde Wolle ist nicht gezahlt worden, und es wurde somit mit der Zufuhr eingehalten. Die Folge davon war, daß wenig Auswahl auf dem Platz war. Die Ausfuhr von britischer sowohl, wie von fremder und Kolonialwolle war in diesem Jahre beschränkter. Von englischer Wolle wurden um 25 Prozent, von Kolonialwolle um 10 Prozent weniger exportirt als im Jahre 1850.

* **London,** 5. Jan. In der Bank war Feuerlärm und alle Spritzen der Umgebung eilten nach dem theuren Gebäude. Es stellte sich jedoch heraus, daß blos die alten Banknoten des Jahres verbrannt wurden. Der Stoß muß ziemlich voluminös gewesen sein, denn die Fäuersäule stieg hoch über die Mauereinfassung des Bankgebäudes empor und beleuchtete durch 2 Stunden den Dunstkreis der City.

(Die Einfuhr edler Metalle) nach London betrug in der letzten Woche 450,000 L. und die Ausfuhr belief sich auf 19,800 L. in 277 Unzen Gold, 74,810 Unzen Silber; davon nach Deutschland für hamburger Rechnung 177 Unzen Goldstaub.

† **Breslau,** 3. Jan. [Produktenmarkt.] Die flaue Stimmung des gestrigen Marktes hatte keine nachtheiligen Folgen, es wurde heute wieder fester und alles, was zum Markte kam, fand willig Nehmer, besonders waren die feinen Qualitäten sehr gefragt und diese bedangen oft über Notiz. Sachsen bezieht jetzt sehr wenig von uns, etwas wird jedoch dahin verkauft, wodurch die Spekulation immer größer wird, und es ist an ein Weichen der Preise vorläufig nicht zu denken.

Heute galt weißer Weizen 60 bis 70 Sgr., gelber Weizen 58 bis 68 Sgr., Roggen 59 bis 64 auch 65 Sgr., Gerste 38 bis 45 Sgr., Hafer 26½ bis 30½ Sgr. u. Erbsen 55 bis 60 Sgr.

In Oelsaaten arrivirte nichts neues; so lange die Oelpreise so niedrig bleiben, dürfte an ein Besserwerden für diese Frucht nicht zu denken sein.

Kleesaat war heute gut zu lassen, besonders zeigte sich viele Frage für rothe, wofür schon Aufträge hier zu liegen scheinen, man sucht jedoch nur die feineren Qualitäten, welche leider sehr wenig offerirt sind. Heute bezahlte man weiße 6 bis 12¼ Rtl. und rothe 10 bis 15¼ Rtl.

Spiritus war bei Kleinigkeiten à 12¼ Rtl. zu haben und für größere Partien aus erster Hand wäre 12 bis 12 1/12 willig zu bedingen. Auf Lieferung per Frühjahr würde 13 Rtl. zu bedingen sein. Abgeber halten auf höhere Preise.

Rüböl bleibt matt und à 10 Rtl. zu haben.

Von Zink ging nichts um, à 4 7/12 Rtl. würde man willig ankommen.

Wasserstand.

	Oberpegel.	Unterpegel.
Am 8. Januar:	15 Fuß 2 Zoll.	3 Fuß 9 Zoll.

Berlin, 7. Jan. Weizen schw. bunt bromb. 87⅛pfd. 59½ verk. Roggen loco 57—59 Thl., pr. Jan. 56⅚—¾ bez., 56¾ Br., 56½ Gd., Frühj. 58 bez. u. Br., 57¾ Gd. Große Gerste 39—41 Thlr., kl. 38—37 Thlr. Hafer loco 25⅛—27, pr. Frühj. 48pfd. 27 Br., 26⅛—¾ Gr., 50pfd. 28 Br., 27⅛ Gd. Erbsen 46—50 Thlr. Rapssaat, Winterraps 67—65, Winterrübsen 66—64, Sommerrübsen 55—53 Thlr. Leinsaat 57—55 Thlr. Rüböl loco 10⅛—1/12 bez. Br. u. Gd. Spiritus loco ohne Faß 27½ Thlr. verk. Jan. 27½ Br., 27—27¼ Gd., Jan.-Febr. 27½—¼ verk., 27½ Br., 27¼ Gd., Febr.-März 27½ bez. u. Gd., 28 Br., März-April 28½ Br., 28 Gd., April-Mai 28½ 29 bez., 29 Br., 28¾—29 Gd.

Stettin, 7. Jan. Roggen gefragter und höher bez. loco 55—56 Thlr. bez., 82pfd. pr. Januar 56½ Thlr. Br., pr. Februar-März 57¾—½ Thlr. bez. 57¾ Br., pr. Frühj. 59 Thlr. bez. Gerste loco 74—75pfd. 36½—¾ Thlr. bez. Hafer 52pfd. pr. Früh. 28½ Thlr. bezahlt. Rüböl matt, pr. Januar 10⅙ Thlr. Br., 10 1/12 Thlr. Gd., pr. März-April gestern 1000 Ctnr. 10 5/12 Thlr. bez., heute 10½ Thlr. Br. Pernauer Leinsamen schwimmend und loco 11½ Thlr. bez. Spiritus fest, am Landm. ohne Faß 13⅙—¼ pCt. bz., loco ohne Faß 13—12¾—⅞ bez. u. Br., pr. Febr. 12¾ Gd., Febr.-März 12¾ bez. u. Gd., pr. Frühjahr 12½—¼ pCt. bez 12⅜ Gd., Mai-Juni 12 pCt. bez. Zink loco 4 Thlr. 22½ Sgr. Br., pr. Frühjahr 4 Thlr. 24 Sgr. Br. Reis, einige Tausend Ctnr. zu 5⅙—7/12 Thlr. nach Qualität unversteuert bezahlt.

§ [Berichtigung.] Der Name des Vortragenden in der letzten allgemeinen Versammlung des Gewerbe-Vereins wurde nicht ganz richtig angegeben. Derselbe heißt nämlich nicht Heinighausen, sondern Reininghaus.

Mannigfaltiges.

— (Washington, 24. Dezbr.) Unter diesem Datum wird gemeldet, daß das Kapitol in Flammen steht. Die Depesche der „K. Z.“ lautet: Aus Washington ist vom 24. Dezember in London am 5. Januar die Nachricht eingegangen, daß dort eine heftige Feuersbrunst ausgebrochen: das Kapitol stand in Flammen, das Gebäude der Congreßbibliothek war zerstört; Feuerspritzen waren in Folge des Frostes nicht anzuwenden. (Das Kapitol in Washington wurde vor etwa 30 Jahren für die Versammlungen des Kongresses der Vereinigten Staaten von Nordamerika auf einem Hügel neu erbaut. Die Länge desselben betrug 350 Fuß, die Tiefe 121 Fuß, die Höhe mit der Kuppel 120 Fuß. Ein Porticus von korinthischer Ordnung umgab das die Rotunda enthaltende mittlere Gebäude, dessen Kuppel 26 Säulen von amerikanischem Marmor trugen.

— (Basel, 3. Jan.) Die plötzlich eingetretene strenge Kälte hat in verschiedenen Theilen der Schweiz Unglücksfälle nach sich gezogen, unter denen das Erscheinen eines tollen Hundes in Bern, eben nicht zu den geringern gehört. Die Bestie lief am 1. d. M. gegen Mittag durch die Straßen der Stadt, wo sie schon mehrere Hunde gebissen hatte, bevor es gelang, sie todtzuschlagen.

††† (Von der polnischen Grenze, 6. Jan.) [Gewalt der Musik.] Ein drolliger Schwank, wie ein solcher in diesen Tagen von polnischen Schmugglern bei ihrem Zusammentreffen mit Grenzrussen ausgeführt wurde, liefert den deutlichen Beweis, welche Gewalt die Musik selbst auf den wildesten Barbaren auszuüben vermag, besonders wenn ihr Bachus als Gefährte vorangeht. Einer Anzahl Schmuggler, welche einen Transport Waaren nach Polen führten, begegnete das Unglück, daß sie nach ihrem Ueberschreiten der polnischen Grenze mit einem Trupp russischer Grenzwächter zusammentrafen, die sie alsbald mit ihren vorgehaltenen Gewehren umringten und ihnen zu halten geboten. Die Schmuggler, denen ein Entkommen nicht mehr möglich war, mußten sich der Nothwendigkeit fügen und ihre Waaren abladen. Einer derselben war aber Philosoph genug, um zu übersehen, daß wenn auch die Berufsthätigkeiten der Menschen feindlich zusammentreffen, die Personen selbst einander Freund bleiben sollen, und ihre unangenehme Lage gegenseitig nach Möglichkeit erleichtern müssen. Von einer solchen Gesinnung beseelt, griff er demnach nach einer in seiner Rocktasche befindlichen Flasche mit Arak, machte zuvörderst aus derselben einen herzhaften Schluck und reichte dieselbe alsdann den Russen hin, damit sie seinem Beispiele nachfolgen möchten, was sich dieselben auch nicht zweimal sagen ließen, obgleich der Arak mit zur Contrebande gehörte und man somit nicht wußte, wer eigentlich als Gastgeber und wer als Gast zu betrachten war. Wenn aber auch die Schmuggler den Russen freundschaftlich zugetrunken hatten, so war dadurch für sie wenig gewonnen, da zwar das Feuer des Araks die starren Glieder der Russen erwärmte, nicht aber ihr Herz. Was aber der Geist des Araks nicht vermochte, das bewirkte die Musik. Ein anderer bei der Affaire mit betheiligter Schwärzer, der zugleich Musiker war und sich deshalb hauptsächlich auf Handel mit musikalischen Instrumenten verlegte, führte zufällig eine hübsche Harmonika bei sich, um dieselbe in Polen abzusetzen. Diese zog er denn aus seinem Pack hervor, zog dieselbe an und begann das Nationalstück der Russen: „Kosack“, ganz gemüthlich zu spielen. Die Russen, welche ein derartiges Instrument bis dahin noch nicht mochten gehört haben, und da sie die Tonfarbe des bewunderten Instruments ganz lieblich ansprach, horchten zuerst aufmerksam auf; als sie aber den Takt und die Melodie des Kosacks vernahmen, vermochten sie nicht mehr ihre Beine in Ruhe zu erhalten, sprangen wie besessen auf, faßten sich und machten alle Touren und Sprünge des Kosacks durch, so daß der Schnee auseinanderstob und sie gleich einer Wolke umhüllte. Die gute Laune, in welche sie durch die Musik und das Tanzen versetzt wurden, machte sie der Art gemüthlich, daß sie beim Ende sich nur die Harmonika von den Schwärzern ausbaten, dieselben aber mit den übrigen Sachen mit dem Rufe: „Stupaj Bratisku“ (Gehe Brüderchen) in Gnaden entließen.

— Während der Probeaufführung des Tedeums in der Kirche von Notre-Dame stieg der Kapellmeister Adam in das Schiff der Kirche hinab, um sich von der Wirkung der Musik zu überzeugen. Da fiel ihm der Baldachin, den die Arbeiter eben befestigten, auf den Kopf und verwundete ihn, jedoch ohne Gefahr.

— (Das Ausstellungsgebäude in London) bietet jetzt einen eigenthümlichen großartigen Anblick. Noch sind Spuren der kolossalen Industriewelt, die den Palast gefüllt hat, darin zu sehen. Die Bauholzproben aus Canada in einigen Winkeln wären ausreichend, um ein paar respektable Linienschiffe daraus zu zimmern. Statuen, Büsten und Nippes aller Art liegen herum, genug, um einige Museen und Naturalienkabinette des Kontinents reichlich auszustatten; denn noch ist das Ausräumungswerk nicht ganz vollbracht, und namentlich haben sich die ferneren Welttheile damit ein wenig verspätet. Aber die ganze ungeheure Masse von Ueberbleibseln, mit deren Wegschaffung ein paar Wochen vergehen dürften, ist im Glaspalast kaum zu bemerken, so ungeheuerlich erscheinen jetzt die Dimensionen desselben selbst dem vertrauten Wanderer, der Monate lang in seinen Gängen auf- und abzugehen pflegte. Die Scheidewände zwischen den Abtheilungen sind gefallen, und in nackter Feenschönheit stellt sich jetzt das Gebäude an sich mit seinen zahllosen schlanken Säulen und dem azurnen, in allen Krystallfarben spielenlen Lichtdach dem Beschauer dar. Von nun an ist die Zahl der wachhaltenden Policemen im Gebäude auf vier herabgesetzt. Das Erfrischungszimmer ist stehen geblieben, und steht wie eine kleine Oase in einer schönen, aber endlosen Wüste aus. Wenn das Gebäude dem Publikum ohne Unterschied geöffnet werden wird, ist noch nicht bestimmt; wahrscheinlich wird für die höheren Klassen ein Extratag in der Woche gewählt werden, wo die Zulassung besondere Billets erfordern wird.

— (Die Kunst der Einbalsamirung der alten Egypter) wird wahrscheinlich wieder entdeckt. Oberst Holt hat in der Umgegend von Mocka eine Art vegetabilischen Theers gefunden, welchen man von den Zweigen eines Strauches gewinnt und der von den Beduinen Katren genannt wird. Mehrere Versuche einzubalsamiren, welche damit im heißesten Sommer gemacht wurden, sind vollkommen gelungen, und den Eingebornen war die Eigenschaft dieses Theers längst bekannt. Der asiatischen Gesellschaft in London wurde kürzlich von Oberst Holt eine auf diese Weise einbalsamirte Hand gesandt, welche sich im besten Zustande befindet. Die Unterrichteten von den eingeborenen Arabern glauben, die Mumien seien mit demselben Theer und einem Zusatze von Kampher, Aloe und Myrhen präparirt worden. Alles dieses ist aber gar nicht nöthig, da der erwähnte Theer allein schon vollkommen die Knochen durchdringt und entfärbt. Der Strauch wächst über den größten Theil Syriens und des glücklichen Arabien, und giebt den Theer, wenn man ihn einem großen Grade von Hitze aussetzt.

— Die baierische Armee dürfte wohl die einzige deutsche sein, die einen Neger-Offizier besitzt. Herzog Max von Baiern, der vor etwa 12 Jahren eine Reise nach dem Oriente machte, die der geistreiche Fürst auch durch den Druck veröffentlicht hat, brachte aus Kairo mehrere jugendliche Neger mit nach München, wo sie unterrichtet und getauft wurden und dann ihren verschiedenen geistigen Anlagen nach sorgsame Erziehung erhielten. Einer von diesen jungen Afrikanern trat in ein baierisches Chevauxlegers-Regiment und ist jetzt zum Offizier avancirt.

[38] **Bekanntmachung.**

Bei dem Revidiren der Backwaaren im vergangenen Monat hat sich bei vielen Bäckern ein Mehrgewicht gegen ihre Selbsttaxen herausgestellt. Für den Monat Januar d. J. bieten die hiesigen Bäcker nach ihren Selbsttaxen dreierlei Sorten Brot zum Verkauf, und zwar für 2 Silbergroschen:

Größtes Gewicht. 1ste Sorte: Bäckermstr. Schaumberger, Gr.-Groschengasse Nr. 3, 1 Pfd. 22 Lth. 2te Sorte: Bäckermstr. Berger, Neue Taschenstr. Nr. 6c, 2 Pfd. Bäckermstr. Würfel, Kupferschmiedestr. Nr. 46, 2 Pfd. 3te Sorte: Bäckermstr. Würfel, Kupferschmiedestr. Nr. 46, 2 Pfd. 24 Lth.

Kleinstes Gewicht. 1ste Sorte: Bäckermstr. W. Rösler, Neueweltgasse Nr. 40, 1 Pfd. Bäckermstr. Scholz, Kupferschmiedestr. Nr. 26, 1 Pfd. Bäckermstr. Stahl, Herrenstr. 14, 1 Pfd. 2te Sorte: Bäckermstr. Lauterbach, Stockgasse Nr. 12, 1 Pfd. 8 Lth. Bäckermstr. Schüchner, Malergasse Nr. 31, 1 Pfd. 8 Lth. 3te Sorte: Bäckermstr. Blechmeyer, Gartenstr. Nr. 24, 2 Pfd. Bäckermstr. Edlich, Sandstr. Nr. 4, 2 Pfd. Bäckermstr. Junker, Gartenstr. Nr. 25, 2 Pfd. Bäckermstr. Westphal, Neueweltgasse Nr. 47, 2 Pfd.

Breslau, den 6. Januar 1852. Königl. Polizei-Präsidium. v. Kehler.

[34] **Bekanntmachung.**

Die **1ste** Sitzungsperiode des Schwurgerichts zu Breslau pro **1852** beginnt **am 15. Januar 1852,** und wird ohngefähr **zwei** Wochen dauern. Der Eintritt in den Sitzungs-Saal wird, wegen beschränkten Raumes, nur gegen Eintrittskarten gestattet, welche bei dem Botenmeister des Stadtgerichtes am Tage vor der jedesmaligen Sitzung bis Abends 6 Uhr in Empfang genommen werden können.

Breslau, den 4. Januar 1852.

Königliches Stadt-Gericht. Abtheilung für Strafsachen.

[168] Sämmtliche **Gewerke der oberschlesischen Berg- und Hütten-Industrie** und deren Repräsentanten werden zu einer **General-Versammlung** auf

Montag den 26. Januar d. J., Vormittags 10 Uhr,

im Gasthause des Herrn Poschek zu Königshütte eingeladen, in welcher die Feststellung eines Statuts für den zu konstituirenden oberschlesischen Gewerken-Verein, so wie andere wichtige hierher gehörende Angelegenheiten zur Berathung und Beschlußfassung kommen sollen.

Königshütte, den 5. Januar 1852.

von Pannewitz. Grundmann. Buchbach. G. Henkel v. Donnersmark. Klausa. Baildon. M. Friedländer. Heinrich. Thometzek. Neumann. Gawron. Schesinger. Dudzik. Löwy. R. Scholz. Dräse. Wernicke.

[359] Die Verlobung unserer Tochter **Georgine** mit dem königl. Lieutenant im 20. Infanterie-Regiment Herrn **v. Hern,** Adjutanten beim Central-Büreau des 20. Landwehr-Regiments, zeigen Verwandten und Freunden ergebenst an:

der Oberstlieutenant Freiherr **v. Linstow** und Frau.

Breslau, den 8. Januar 1852.

---

[176] Als Neuvermählte empfehlen sich:

Wilhelm Hanke,
Gertrud Hanke, geb. **Milieska.**

Löwenberg, den 6. Januar 1852.

---

[363] Als Neuvermählte empfehlen sich:

Bertha Ihfe, geb. **Freudenthal,**
Heinrich Ihfe.

Ohlau, den 6. Januar 1852.

---

[380] Als Neuvermählte empfehlen sich:

August Preißner,
Amalie Preißner, geb. **Lippert.**

Neisse, den 8. Januar 1852.

---

[180] Todes-Anzeige.

Den nach langen schweren Leiden heute Morgen im 73. Lebensjahre erfolgten Tod ihrer innigstgeliebten Mutter, Großmutter und Schwiegermutter, der verwittweten Frau **Dorothea Rindfleisch,** geb. **Stiller,** zeigen Freunden und Bekannten statt besonderer Meldung mit der Bitte um stille Theilnahme ergebenst an:

die Hinterbliebenen.

Breslau, den 8. Januar 1852.

---

[181] Todes-Anzeige.

Heute Nachmittag um 1 Uhr entschlief nach langen Leiden unser guter, lieber Gatte und Vater, der Diakonus **Pfennigkauffer** an der hiesigen Stadt-Pfarrkirche, im 57. Lebensjahre. Dies melden allen Freunden und Bekannten, um stille Theilnahme bittend:

die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Ohlau, den 7. Januar 1852.

Theater-Repertoire.

Freitag, den 9. Januar. Siebente Vorstellung des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen. **„Der Templer und die Jüdin."** Große romantische Oper mit Tanz in drei Aufzügen. Musik von Heinrich Marschner.

Theater-Anzeige.

Theater-Mitglieder (Herren und Damen) können sofort Engagement erhalten, und werden die hierauf Reflektirenden höflichst ersucht, ihre Bedingungen nebst Repertoir portofrei **an die Direktion nach Kosel** einzusenden. Ein tüchtiger Musik-Direktor kann ebenfalls sofort Engagement erhalten. [169]

---

[170] **Aufgebot.**

Die auf den Namen des verstorbenen königl. geheimen Justizraths Freiherrn von Kottwitz lautende **Aktie des Theater-Vereins Nr. 186** ist abhanden gekommen, und wird hierdurch mit dem Bemerken aufgeboten, daß diese Aktie, sofern sie nicht binnen 6 Monaten bei der unterzeichneten Direktion produzirt wird, amortisirt und eine andere an deren Stelle ausgefertigt werden wird.

Die Direktion des Theater-Aktien-Vereins.



Théâter du Sauvage **aus Paris.** Heute 1 Vorstllung um 5 Uhr. Sonntag letzte V. **L. Persoir.**

[375]

---

[356] Mit Bezugnahme auf § 17 unserer Statuten erklären wir das Diplom Nr. 53 für ungültig, da dessen Besitzer nicht mehr Mitglied unserer Gesellschaft ist.

Breslau, den 31. Dezbr. 1851.

Die Direktion der Gesellschaft der Freunde.

---

[155] **Unterkommen-Gesuch.**

Ein militärfreier junger Mann (bisheriger Geschäftsführer eines mit Tode abgegangenen Maurer- und Zimmermeisters), welcher in den Jahren 1839 bis incl. 1843 das praktische und theoretische Baufach erlernt, auch während seiner Ausbildung sich im Kanzlei-, Registratur- und Rechnungswesen nützliche Kenntnisse erworben, sucht zum 1. April d. J. ein seinen Fähigkeiten angemessenes Engagement unter den solidesten Bedingungen. Nähere Auskunft nebst Vorlage der Attestkopien bei Herrn Kaufmann **S. G. Schwartz** in Breslau, Ohlauerstraße Nr. 21.

---

[364] **Eine Bierhalle**

ist wegen Familienverhältnissen bald oder auch zu Ostern zu übernehmen. Näheres auf portofreie Briefe: **A. B. No. 13, poste restante Breslau.**

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier Nikolai-Straße Nr. 67 belegenen, auf 11,183 Rthlr. 24 Sgr. 7 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin

auf den 12. März 1852,
Vormittags 11 Uhr,

in unserem Parteien-Zimmer — Junkernstraße Nr. 10 — anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Zu diesem Termine werden die verehelichte Müllermeister Schubert, geb. Fromberg, und der Brauer David Benjamin Hartwig oder deren Erben vorgeladen.

Breslau, den 9. August 1851.

[35] Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe der hier am Neumarkt Nr. 322 belegenen, auf 866 Rthlr. 16 Sgr. 3 Pf. geschätzten Bude, haben wir einen Termin

auf den 9. März 1852,
Vormittags 11 Uhr,

in unserm Parteien-Zimmer — Junkern-Straße Nr. 10 — anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 19. Nov. 1851.

[36] Königl. Stadt-Gericht. Abthl. I.

Bau der Weichselbrücke bei Dirschau. Submission. [18]

Es wird hiermit die Lieferung
von 6631 Ztnr. gewalzten Platten und
6457 Ztnr. gewalzten Stäben, zusammen
von 13088 Ztnr. Walzeisen,
in fünf Loosen, unter völlig freier Konkurrenz inländischer und ausländischer Bewerber, zur öffentlichen Submission gestellt.

Die Lieferungs-Bedingungen werden auf portofreie Gesuche von uns mitgetheilt werden.

Die Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Submission auf die Lieferung von Walzeisen zum Oberbau der Weichselbrücke unter den Bedingungen vom 17. Dezember 1851"

bis zum 31. Januar 1852, 11 Uhr Vormittags, portofrei an uns einzusenden, zu welcher Stunde dieselben, in Gegenwart der etwa anwesenden Interessenten, eröffnet werden sollen.

Es wird bemerkt, daß die Gesammtlieferung des zum Bau der Weichselbrücke erforderlichen Walzeisens, von welcher das obige Quantum etwa den zehnten Theil ausmacht, ebenfalls im Wege der Submission, unter freier Konkurrenz des In- und Auslandes, vergeben werden soll.

Dirschau, den 17. Dezember 1851.

Königliche Kommission
für den Bau der Weichsel- und Nogat-Brücken.

---

[37] **Subhastations-Patent.**

Die zum Nachlasse des Gutsbesitzers Wilhelm Schneider gehörigen Kuxe nachbenannter Gruben werden, und zwar:

a) 30½ Kux der auf Trockenberger Terrain belegenen Galmeigrube Carolinenwunsch sub Nr. 114 des Berg-Gegenbuchs und
b) 30½ Kux der Galmeigrube Hypokrates auf Stollarzowitzer Territorio sub Nr. 374 des Berg-Gegenbuchs

am 2. April 1852, von Vormittags 11 Uhr ab,

c) 30½ Kux der Galmeigrube Pauline auf Stollarzowitzer Territorio sub Nr. 371 des Berg-Gegenbuchs und
d) 30½ Kux der Galmeigrube Planet im Reptner Walde sub Nr. 125 des Berg-Gegenbuchs

am 7. April 1852, von Vormittags 11 Uhr ab,

e) 30½ Kux der Galmeigrube Redlichkeit auf Radzionkauer Territorio sub Nr. 78 des Berg-Gegenbuchs und
f) 30½ Kux der Galmeigrube Richard auf Ptakowitzer Territorio sub Nr. 375 des Berg-Gegenbuchs

am 5. April 1852, von Vormittags 11 Uhr ab,

g) 30½ Kux der Galmeigrube Vaterssegen auf Radzionkauer Territorio sub Nr. 98 des Berg-Gegenbuchs und
h) 26⅐ Kux der Galmeigrube Unschuld auf Radzionkauer Territorio sub Nr. 91 des Berg-Gegenbuchs

am 15. April 1852, von Vormittags 11 Uhr ab,

in unserem Parteienzimmer Nr. II. nothwendig subhastirt werden. Die bergamtlichen Beschreibungen und die neuesten Hypothekenscheine der Gruben sind bei unserem Botenmeister einzusehen. Zu den anberaumten Terminen werden die Realgläubiger, Rendant Carl Beck und die Commerzienrath Lösch'schen Erben hierdurch öffentlich vorgeladen.

Beuthen O.-S., den 28. November 1851.

Königl. Kreis-Gericht. 1. Abtheilung.

---

[370] Ein geräumiges Parterre-Lokal, aus mehreren Piecen bestehend, ist zu vermiethen: Junkernstraße Nr. 31.

Monats-Uebersicht der städtischen Bank pro Monat Dezember 1851,

[39] gemäß § 25 des Bank-Statuts vom 10. Juni 1848.

	Aktiva.	Thlr.	Sgr.	Pf.
1.	Geprägtes Geld	410,540	6	4
2.	Kgl. Banknoten, Kassen-Anweisungen und Darlehnsscheine	4,700	—	—
3.	Wechselbestände	452,689	27	6
4.	Ausgeliehene Kapitalien gegen Verpfändung von Cours habenden inländischen Effekten und gegen Verpfändung von Waaren im Nominal- und Taxwerthe von 583,378 Thlr.	391,269	—	—
5.	In Effekten nach dem Nennwerthe 670,035 Thlr., nach dem Courswerthe	668,771	23	9
	Passiva.			
1.	Banknoten im Umlauf	800,000	—	—
2.	Guthaben der Theilnehmer am Giroverkehr	68,837	23	7
3.	Depositen-Kapitalien	36,017	15	8
4.	Das Stamm-Kapital per	1,000,000	—	—

welches die Stadt-Gemeinde in Gemäßheit der §§ 1 und 10 des Bank-Statuts der Bank überwiesen hat.

Breslau, den 31. Dezember 1851. Die städtische Bank-Deputation.

---

[173] **Schifffahrts-Anzeige.**

Nachdem Herr **J. J. P. Benecke** in Hamburg nach langjähriger anerkennungswerthen Thätigkeit, seines vorgerückten Alters wegen, die Funktionen eines Schifffahrts-Prokureurs des hiesigen Schiffer-Verbandes und Agenten der hiesigen Strom-Assekuranz-Kompagnie, mit dem Beginn dieses Jahres niedergelegt hat, sind mit unserer Genehmigung beide Funktionen dem Schifffahrts-Prokureur Herrn **Ernst Bartels** in Hamburg übertragen worden.

Es haben daher fortan nur die durch Herrn Bartels in regelmäßiger Tourfahrt ab Hamburg nach Schlesien zur Verladung kommenden Güter die Vorzüge zu gewärtigen, welche den Wasser-Transporten mittelst der von dem hiesigen Schiffer-Verbande eingerichteten, vorhin erwähnten Tourfahrten, in Betreff Kontrole und regelmäßiger Beförderung, gesichert sind.

Breslau, den 2. Januar 1852. **Die Handelskammer.**

---

[165] Der 1. Jahrgang der vom Dr. Kossak redigirten

Berliner Musikzeitung Echo,

52 Nr., 408 Seiten, kl. 4,

hat im Publikum eine überraschend grosse Theilnahme gefunden und ist von der Critik höchst günstig beurtheilt worden; nur wenige Exemplare sind à 1⅓ Thlr noch vorräthig.

Alle Postämter und Buch- und Musikalienhandlungen nehmen auf den 2ten Jahrgang für **1852**, wöchentlich 1 Bog. zum Preis von 2 Thlr. Abonnements an. In Breslau: die Sort.-Buchhandluug von **Grass, Barth u. Comp.** (J. Ziegler), Herrenstr. 20.

Berlin Schlesinger'sche Buch- u. Musikalien-Handlung.

Kreutzberg's große Menagerie

an der Promenade. — Heute Freitag Nachmittag 4 Uhr **große Extra-Vorstellung der Thierbändiger Herr und Madame Kreutzberg** in den Käfigen der gefährlichsten Raubthiere, große Produktion der Miß Baba und Hauptfütterung sämmtlicher Raubthiere. Die Menagerie ist nur noch kurze Zeit von Morgens 11 bis Abends 6 Uhr geöffnet. Morgen Sonnabend 4 Uhr Wiederholung der heutigen Vorstellung. [137]

---

[372] **!!! Seitenberger Lager-Bier !!!**

von vorzüglicher Qualität, empfiehlt im Ganzen wie im Einzelnen:

Julius Riegner, Besitzer der Niederlage, Nikolaistraße Nr. 78.

Oranienburger Palm-Oel-Soda-Seife und Palm-Wachs-Lichte empfiehlt:

[172] **Ferd. Rehm, Ritterplatz Nr. 1.**

Frische feiste Manzer Hasen, gespickt 12 Sgr.,

sowie frische **Rehkeulen,** d. St. 1 bis 1½ Rtl., offerirt: **J. Seeliger,** Neumarktecke. [360]

Auction in Stettin

von

Nutz- und Farbe-Hölzern.

Pr. Schiff **Brillant,** Capt. **H Fierke,** empfingen wir **von St. Domingo**

633	Stück	1400	Ctr.	Mahagoni-		
4	„	43	„	Cedern-		
1738	„	1123	„	Pock-		Holz,
4281	„	1833	„	Gelb-		
493	„	372	„	Blau-		

welche an den Meistbietenden **am 15 Jan. 1852, Morgens 9 Uhr** und folgende Tage, durch den Mäkler Herrn Buchholz verkauft werden sollen.

Unterzeichnete so wie der Makler Herr Buchholz ertheilen nähere Auskunft auf frankirte Anfragen.

Fr. Pitzschky u. Comp.

[298] in Stettin.

---

[374] **Auktion.**

Heute Fortsetzung der Wein- und Cigarren-Auktion Schweidnitzerstraße Nr. 5, im goldenen Löwen.

C. Reymann, Aukt.-Kommissarius.

---

[316] **Auktion.**

Sonnabend den 10. d. M. Vormitt. 9 und Nachm. 2 Uhr sollen Schmiedebrücke Nr. 21 verschiedene Roth- und weiße Weine, darunter 100 Flaschen reeler herber Ungar; ca. 100 Flaschen Rum und Cigarren verschiedener Qualität, in $^1/_{10}$ und ¼ Kisten, meistbietend gegen baare Zahlung versteigert werden.

Liebich, öffentl. Auktionator.

---

[175] Der Posten eines Wirthschaftsbeamten der Pilgramsdorfer Güter ist bereits besetzt. Dies als Antwort denjenigen Herren Oekonomen, die sich bei mir um gedachten Posten beworben haben, und welche entschuldigen wollen, daß ich mich außer Stande fühle, mehr als hundert eingegangene Meldungsbriefe speziell zu beantworten. Die eingesendeten Zeugnisse sind sämmtlich zurückgesendet.

Nieder-Adelsdorf, den 6. Jan. 1852.

R. v. Elsner,
Hauptmann, auf Pilgramsdorf.

---

[178] **Zwei große Keller** sind zu vermiethen: Ohlauerstr. Nr. 21.

Flügel-Unterricht.

Ein hiesiger Musiklehrer wünscht einige noch unbesetzte Stunden durch Unterricht auszufüllen. — Herr Kaufmann **Heinr. Müller**, Schmiedebr., im rothen Kegel, wird die Güte haben, Näheres mitzutheilen. [292]

Liebichs Lokal.

Freitag, den 9. Januar:
14. Abonnements-Konzert von der Kapelle des 19. Regiments.
Anfang 4 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.
Nicht-Abonnenten Entree pro Person 2½ Sgr.
[179] **Das Musikchor.**

Weiß-Garten.

Heute, Freitag den 9. Januar
16. Abonnements-Konzert der **Springerschen Kapelle.**
Zur Aufführung kommt unter Anderem:
1. Sinfonie (F moll) von J. W. Kalliwoda.
Ouvertüre: Prometheus, von L. v. Beethoven.
Anfang 5 Uhr, Ende 9 Uhr.
Entree für Nicht-Abonnenten, für Herren 5 Sgr.,
[355] Damen 2½ Sgr.

Wintergarten.

Freitag den 9. Januar: **Erstes Abonnements-Konzert** der **Philharmonie**, unter Direktion des Herrn Johann Göbel.
Zur Aufführung kommt: Sinfonie (Nr. 1) von Herrmann Schönfeld (Mitgl. der Kapelle).
[365] Entree à Person 2½ Sgr
Anfang 5 Uhr. Ende 9 Uhr, nicht wie auf den Abonnements-Billets irrthümlich bemerkt ist, **von 4 bis 7 Uhr.**

---

[304] **10,000 Thlr.**

gegen **Priorität** der Verpfändung des höher als vierfachen Werthes eines mehr als 50 Jahr bestehenden Geschäftes werden zu 6 pCt. Verzinsung gesucht. Portofreie Offerten unter **A. O. Z.** übernimmt und befördert Hr. Liedecke in Breslau, Stockgasse Nr. 28.

Ein Handlungskommis,

der das Galanterie- und Kurzwaaren-Geschäft en gros erlernt hat, wird als Reisender für ein solches, von jetzt ab oder Ostern d. J., zu engagiren gesucht. Hierauf Reflektirende wollen ihre Offerten, unter abschriftlicher Mittheilung ihrer Zeugnisse, poste restante Liegnitz, Chiffre **L. W.** anbringen. [350]

---

[171] Den **hochgeehrten Herrschaften** werden alle konditionirende Personen ohne Ausnahme **gratis** nachgewiesen durch den Agent **Aug. Zimmermann** in Magdeburg.

---

[378] Da ich zum 1. Juni 1852 die Pacht des Gutes Rzezie bei Ratibor abgebe, so steht daselbst das sämmtliche lebende und todte Inventar zum Verkauf.
Ratibor, den 3. Januar 1852.
v. König, Oberstlieutenant a. D.

---

[371] Den Bäcker **Meisel**, früher in Breslau, fordere ich hiermit auf, mir binnen 8 Tagen seinen Wohnort anzuzeigen, widrigenfalls ich ihn auf gesetzliche Art ermitteln lassen werde.
Poln.-Wartenberg, den 5. Januar 1852.
Friedrich, Bäckermeister.

---

[362] Herrschaftliche Ausstattungen in Weißnähterei, sowie auch im Namen-Sticken, werden aufs Billigste verfertigt: Mühlgasse Nr. 22, 2 Stiegen rechts.

---

[152] Zu einem lucrativen Geschäft, welches der Mode nicht unterworfen ist, wird ein Theilnehmer mit einigen Tausend Thalern Kapital gesucht. Hierauf Reflektirende wollen ihre Adresse unter der Chiffer **P. Z.** poste restante Breslau franco einsenden.

Patent-Zahnstocher,

100 Stück 1 Sgr., 1000 Stück 7½ Sgr.
[177] **S. G. Schwartz**, Ohlauerstr. 21.

---

[352] Zu einem einträglichen Geschäft wird ein Theilnehmer mit einigen Tausend Thalern gesucht. Die Herren Gebrüder Staats, Karlsstraße Nr. 28, geben hierüber gefälligst Auskunft.

---

[354] 15 bis 20 St. süße, vollsaftige, rothe
Messinaer Apfelsinen
vom zweiten Schnitt, für 1 Thaler, desgleichen
Messinaer Citronen,
in Partien und einzeln, empfiehlt billigst:
Gustav Scholtz,
Schweidnitzerstr. Nr. 50, Ecke der Junkernstraße.

Vollsaftige Apfelsinen,

5 bis 20 Stück für 1 Rtl., empfiehlt:
Julius Lauterbach,
[368] Albrechtsstraße Nr. 27.

Frische starke Hasen,

gut gespickt, das Stück 10 u. 12 Sgr. empfiehlt:
[225] **C. Buhl**, Wildhändler,
Ring (Kränzel-Markt) Ecke, im 1. Keller.

---

[353] **Frische Hasen,**

gespickt das Stück 10 Sgr., Rehvorderkeulen, das Stück 6 und 7 Sgr., sowie auch Rehwild und Rebhühner empfiehlt: Wildhändler **R. Koch**, Ring Nr. 9, neben den 7 Kurfürsten.

---

[369] **Frische Hasen,**

gespickt, die stärksten 12 Sgr., Rebhühner das Paar 12 Sgr., empfiehlt:
Wildhändler **Adler**, alter Fischmarkt Nr. 2.

Frische starke Hasen,

das Stück gut gespickt 10 und 12 Sgr., Vorderläufe das Paar 1½ Sgr., empfiehlt:
Frühling, Wildhändlerin,
[366] Ring Nr. 26, im goldenen Becher.

---

[361] **Gras-Samen,**

englisch Rhai-Gras und italienisches, vollkommen akklimatisirt, wird verkauft zu Postelwitz bei Bernstadt.

Täglich frische Austern
bei **Gebr. Friederici.**
[40]

Frischen marin. Lachs,
geräuch. Silber-Lachs,
geräuch. Elb. Lachs,
Elbinger Neunaugen,
Pomm. Gänsebrüste,
Pomm. Gänseschmalz,
echte Teltow. Rübchen,
Jauersche Bratwurst,
offerirt von neuen Sendungen billig:
[377] **Karl Straka,**
Albrechtsstr. Nr. 39, der kgl. Bank gegenüber.

---

[383] Eben angekommen frisch geräucherter
Ostsee-Lachs und Spick-Aal,
auch frisch geräucherte **Fettheringe** bei Fischhändler **Lehmann**, Albrechtsstr. 20.

Zucker-Rüben-Samen

von eigenem Anbau und letzter Ernte in bester zuckerreichster Qualität offerirt mit Garantie zu zeitgemäßen Preisen: [293]
S. Silberstein, Karlsstraße Nr. 45.

---

[351] Ein brauner Vorstehhund mit langer Ruthe, 2 Jahre alt, ist am 20. v. M. auf der Straße durch Hundsfeld verloren gegangen. Wer denselben in Breslau am Neumarkt 26 im Gewölbe abgiebt, erhält eine angemessene Belohnung.

---

[382] **Zu vermiethen**

eine grundfeste Bude am Ringe. Näheres Ohlauerstraße Nr. 86, beim Kürschner Friede.

---

[381] Zu vermiethen Klosterstraße Nr. 39 eine Wohnung von 3 Stuben und eine von 2 Stuben und Zubehör, auch Gartenbesuch gestattet.

---

[376] Auf der Bischofsstraße im Hôtel de Silésie sind eine Wohnung zu 80 Rtl., eine Waaren-Remise zu 50 Rtl., 1 Waaren-Keller zu 40 Rtl. und eine Feuerwerkstätte zu 20 Rtl. zu Ostern zu vermiethen.

---

[384] **Klosterstraße Nr. 87,**
nahe der Promenade, ist zu vermiethen und zu Johannis zu beziehen: in der 1. Etage eine herrschaftliche Wohnung von 10 Piecen, Nebengelaß, Garten mit besonderer Laube, mit oder ohne Stallung und Wagenremise. Das Nähere Nr. 90, beim Hausbesitzer.

---

[262] Ostern d. J. zu vermiethen: eine große und eine mittle Wohnung. Näheres im Comtoir Karlsstraße Nr. 46.

Im Verlage von **Graß, Barth und Comp.** in **Breslau** und **Oppeln** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in **Brieg** durch **J. F. Ziegler:**

Special-Karte
der königl. preuß. Provinz
Schlesien und der Grafschaft Glaz,
entworfen und gezeichnet von
F. J. Schneider,
Ober-Feuerwerker in der königl. preuß. 6. Artillerie-Brigade.
Mit besonderer Hervorhebung der vorhandenen und im Bau begriffenen Eisenbahnen, der Staats- und Privat-Chausseen, Kiesstraßen und Kommunikations-Wege.
4 Fuß 4″ breit, 3 Fuß 13″ Rheinl. hoch, in 4 Blättern.
Preis illuminirt 4 Rtl. [60]

Wohnungs-Anzeige.

Nikolaistraße Nr. 74, im 2. Viertel vom Ringe, ist die 1. Etage, bestehend aus 6 Piecen, schöner, heller Küche, Keller und Bodengelaß zu vermiethen, und den 1. April a. c. zu beziehen. Näheres daselbst im Comptoir par terre.
Breslau, 3. Januar 1852. [180]

---

[379] Büttnerstraße Nr. 3 ist die 2. Etage zu Ostern zu vermiethen.

---

[357] Hummerei Nr. 1 ist eine Wohnung zu vermiethen und Ostern zu beziehen. Näheres in der Apotheke.

Ein Spezerei-Gewölbe

ist Fr.-Wilhelmsstr. Nr. 12 zu vermiethen und zu Johannis 1852 zu beziehen. [358]

---

[330] Eine freundliche Hofwohnung von zwei Stuben und Küche ist Albrechtsstraße Nr. 38 zu vermiethen.

---

[367] **Ein Gewölbe**
ist am Rathhaus Nr. 6 zu vermiethen und zu Ostern zu beziehen.

---

[183] **! Immer Vergnügt!**
Bischoff's Hamburger Keller,
Ring 10 und 11, Blücherplatzecke,
empfiehlt sein Lager feiner **Weine, Cognac** und **Arak**, sowie ächt **englisch Porter, Kremsier-Weißbier** und **Erlanger Lagerbier.**

---

[174] Fremdenliste von Zettlitz Hôtel.
Stallmstr. Sr. Durchlaucht des Herzogs von Ratibor, Betje aus Rauden. Lieut. Held aus Neurode. Gutsbes. Graf v. Pilati aus Schlegel. Prinz Anton Hohenzollern-Sigmaringen, Durchl., aus Neisse k. Prinz Karl Hohenzollern-Sigmaringen, Durchl., aus Neisse k. Prinz Friedrich Hohenzollern-Sigmaringen, Durchl., a. Neisse k. Gouverneur Schäfer, aus Neisse k. Major a. D. v. Studnitz aus Kunersdorf. Kaufm. Erbreich aus Mecklenburg.

Markt-Preise.

Breslau am 8. Januar

	feinste,	feine,	mit.,	ordin. Waare.	
Weißer Weizen	70	68	62	55	Sgr.
Gelber dito	67	65	62	56	"
Roggen . . .	63	61	59	55	"
Gerste . . .	46	44	41	40	"
Hafer . . .	31	30	28	26	"
Erbsen . . .	60	57	55	53	"
Rothe Kleesaat	—	15	12⅓	10½	"
Weiße Kleesaat	12¼	11⅓	10¼	8—9	Rtlr.
Spiritus .	12¼ Rtlr. Gl.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Marktkommission.

7. u. 8. Jan.	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Luftdruck bei 0°	27″8‴,57	27″8‴,66	27″9‴,73
Luftwärme	+ 0,2	+ 2,0	+ 3,0
Thaupunkt	— 2,8	— 4,1	— 6,1
Dunstsättigung	76pCt.	57pCt.	43pCt.
Wind	SW	SW	W
Wetter	heiter	trübe	Schleierwolken

Börsenberichte.

Breslau, 8. Jan. Geld- u. Fonds-Course. Holl. R.-Duk. 96 Br., Kais. Duk. 96 Br. Frdrd'or 113⅝ Br. Ld'or 109 Gl. Poln. Bank-Billets 94¾ Gl. Oesterr. Bankn. 84 Gl. Freiw. St.-Anleihe 5% 103¼ Br. N. Preuß. Anleihe 4½% 103¼ Br. St.-Schuld-Sch. 3½% 89 7/12 Br. Seehandl.-Präm.-Sch. — — Preuß. Bank.-Antheile — — Bresl. Stadt-Obligat. 4% 100½ Br. Bresl. Kämm.-Obligat. 4½% 102¾ Br., dto. 4¼% 100½ Br. Bresl. Gerechtigkeits-Oblig. 4½% — — Großherz. Pos. Pfdbr. 103½ Gl., neue 3½% 95 Gl. Schles. Pfdbr. à 1000 Rthlr. 3½% 97¼ Br., neue schles. Pfdbr. 4% 103¾ Br., Litt. B. 4% 103¾ Br., 3½ 96½ Br. Rentenbr. 99⅚ Br. Alte poln. Pfdbr. 4% 95¼ Br., neue 95¼ Br. Poln. Partl.-Oblig. à 300 Fl. 4% — — Poln. Schatz-Oblig. 4% — — Poln. Anleihe 1835 à 500 Fl. — — Poln. Anleihe dito à 200 Fl. — — Kurhes. Präm-Sch. à 40 Rtlr. — — Bad. Loose à 35 Fl. — — Eisenbahn-Aktien. Bresl.-Schweid.-Freib. 79¾ Br., Prior. 4% — — dto. Prior.-Obligat. von 1851 4% 95¾ Gl. Oberschl. Litt. A. 3½% 136⅔ Br., Litt. B. 3½% 123¼ Br., dto. Prior.-Obligat. Litt. C. 4% — — Prior. 4% — — Krak.-Oberschl. 4% 84½ Br., Prior. 4% — — Niederschl.-Märk. 3½% 92¼ Br., Prior. 4% — — Prior. Ser. 4½% — — Prior. 5% Ser. III. — — Wilhelmsbahn (Kos.-Oderb.) 4% — — Neisse-Brieger 4% 59¼ Br. Köln-Mindener 3½% — — Prior. 5% II. Emiss. 104 Gl. Sächs.-Schles. 4% — — Fr.-Wilh.-Nordb. 4% 39¾ Br. Pos.-Stargard 3½% — — Wechsel-Course. Amsterdam 2 Monat 143 Gl. Hamburg k. Sicht 151 Gl., 2 Monat 150 Gl. London 3 Monat 6. 22 5/12 Br., k. Sicht — — Paris 2 Monat — — Leipzig — — Paris 2 Monat — — Augsburg 2 Monat — — Wien 2 Monat — — Berlin k. Sicht 100 1/12 Br. 2 Monat 99⅙ Gl. Frankfurt a. M. 2 Monat —

Berlin, 8. Jan. Die Börse hatte heute eine festere Haltung, namentlich war in Friedrich-Wilhelms-Nordbahn-Aktien zu steigenden Koursen lebhafter Verkehr.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½% 109½ Br., ¼ Gl., Prior. 4½% 103¾ bez., 5% 104¼ Gl. Krak.-Oberschl. 84¼ Br., 4% — — Fr.-Wilh.-Nordb. 4% 39 à ¾ bez. u. Br., Prior. 5% 100½ Gl. Niederschl.-Märk. 3½% 92 bez. u. Br., Prior. 4% 98½ bez. u. Br., Prior. 4½% 102 bez. u. Br., 5% Serie III. Prior. 101¾ bez. u. Gl., Prior. Serie IV. 5% 104 bez. Niederschl.-Märk. Zweigb. 4% 31 Gl. Oberschl. Litt. A. 3½% 136 bez., Litt. B. 3½% 123 bez. Rheinische 69¼ à ½ bez. u. Br. Stargard-Pos. 87 bez. Geld- u. Fonds-Course. Freiw. St.-Anleihe 5% 103¼ bez. St.-Anleihe 1850 4½% 103 bez. u. Br., dto. von 1852 101⅝ Gl. St.-Schuld.-Sch. 3½% 89½ bez. Seehandl.-Präm.-Sch. 121 bez. u. Br. Pos. Pfdbr. 4% 103¾ Gl., 3½% 95¼ Gl. Preuß. Bank-Antheil-Sch. 100¾ à 101 bez. Poln. Pfdbr. alte — — Poln. Part.-Obligat. à 500 Fl. 4% 85¼ bez. u. Gl., à 300 Fl. 144 Br.

Wien, 7. Jan. Niedrigere frankfurter Kurse wirkten dem Eindruck der fortgesetzt steigenden Rente entgegen, und waren die Umsätze unbelebt, jedoch nur 4½% Metalliques und Loose von 1839 niedriger. Die übrigen Fonds fest und wenig verändert. Nordbahnaktien von 156¾ bis 157½ gemacht. Für Komptanten und Wechsel trat etwas erhöhter Begehr ein. London von 11. 50 bis 11 54 gemacht.

5% Metall. 96⅜. 4½% 85; Nordb. 157⅜; Hamburg 2 Monat 178; London 3 Monat 11. 53; Silber 20¼.

Frankfurt a. M., 7. Jan., Nachm. 2. Uhr 30 Min. Nordbahn. 39¼.

Hamburg, 7. Jan., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Weizen, fest, 130 Pfd. Pommerscher 104 zu lassen. Roggen 89 zu lassen und wird wohl noch 90 bezahlt werden. Oel, flau, pro Jan. 18⅝, pro Mai 19⅝, pro Oktober 20⅝.

Paris, Dienstag, 6. Jan., Nachm 5 Uhr. 3% 71. 65, 5% 105 85.

London, Montag, 5. Jan., Nachm. 5 Uhr 20 Min. Consols 97⅛. Korn 1 besser.

Liverpool, Sonnabend, 3. Jan. Baumwolle: 6500 Ballen Umsatz. Preise gegen gestern unverändert.

[Telegraphische Course.] **Berlin**, 8. Jan. St.-Schuld-Sch. 89¼. 5% Anleihe 103¼, 4½% 103. Rentenbr. 99¾. Pos. Pfdbr. 95¼. Oberschl. Aktien 136½. Krak. 84½. Märk. 92. Nordbahn 40. Börse animirt.

Pariser Rente ist ausgeblieben.

Redakteur und Verleger: H. Barth in Breslau. Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.